

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. evtl. Bestellgeb.

**Redaktion:**  
**Dr. Bruno Schoenau.**

**Anserte** werden die 5spaltige Zeitspalte oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Berechnungen 15 Pfg. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Anserte müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Anserte können nicht wieder zurückgegeben werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonntags und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonntags und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

## Zur Geschichte der deutschen Kolonialpolitik.

II.  
(Schluß.)

Leipzig, 18. Februar.

Wie denkt der unvergleichliche Kolonialheld Dr. Peters über die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Schutzgebieten?

Bei der Behandlung der Schwarzen in den friedlichen Teilen unserer Kolonie wird die Frage maßgebend sein müssen, was für Zwecke wir mit unserer Kolonialpolitik verfolgen. Diese Zwecke sind in erster Linie wirtschaftlicher Natur, und in diesem Sinne sollen die Eingeborenen vornehmlich das Arbeitermaterial bilden. Daneben sollen sie zu Konsumenten für unsere europäischen Waren erzogen werden, um die Schutzgebiete handelspolitisch für uns wertvoller zu gestalten. Dieser wirtschaftliche Zweck fällt völlig zusammen mit den idealen Gesichtspunkten der Christianisierung und Zivilisierung einer niederen Rasse. Welche Absichten lassen sich sehr gut vereinigen; ja, sie arbeiten sich bei richtigem Verständnis gegenseitig in die Hände.

Peters fordert, da das Kontraktverhältnis nötig sei, „für den Anfang Ausnahmestimmungen für die Strafgesetze unserer Schutzgebiete in Bezug auf Kontraktbruch“.

Vom Hängen schwarzer Viehchen und mißliebiger Diener jagt er nichts....

Prügel und ihrer nicht zu wenig empfiehlt der deutsche Kolonialbeamte Fritz Langheld.

Der Hauptgrundsatz beim Verkehr mit dem Neger sei: Streng, aber gerecht! Die Strenge darf natürlich nicht in Brutalität ausarten; andererseits aber auch darf das Maß der Strafe nicht so bemessen sein, daß man, und zwar hauptsächlich bei der Prügelstrafe, auf das Ehrgefühl durch Zudicklerung einer nur kleinen Anzahl Prügel wirken und so einen Erfolg erzielen wollte. Der körperliche Schmerz ist ein besserer Erziehungsmittel, als die Verletzung des bei dem Durchschnittsneger sehr gering entwickelten Ehrgefühls. Daß der Neger die Verabfolgung von fünf bis zehn Hieben als Strafe empfindet, wird wohl nur in dem Falle eintreten, wenn er selbst sich in einer höheren Stellung, z. B. in der eines Vorgekehrten bei den Soldaten, befindet, und wenn er die Strafe vor versammelter Mannschaft empfängt; sonst bürsten fünfzehn Hiebe, meiner Meinung nach, das Mindestmaß sein. Ich spreche zuerst von der Prügelstrafe, weil sie meines Erachtens vorläufig das beste Strafmittel und von am meisten erzieherische Wirkung ist.

Der Hauptmann Morgen, ein guter Kenner Kameruns (jetzt Militärattaché in Konstantinopel), schreibt mit militärischer Schnelligkeit, nachdem er die Grausamkeit des Negers, der wie ein Kind sei, geschildert, dem dabei die böse Absicht fehle:

Daß der Neger nicht nur mit schönen Freundschaften und bloßen Ermahnungen erzogen werden kann, dürfte wohl jedem einsichts-

vollen Europäer klar sein. Die Erziehung des Negers kostet Zeit und — Prügel. Er muß zunächst Furcht vor der Rute haben; dann fängt er sich willig.

Aber Herr Morgen hat auch — „Erfolge“! Er erzählt: „Als ich Weihnachten 1889 als erster Europäer das Vati-land betrat, zögten sich die Bewohner im höchsten Grade feindlich; alle Versicherungen meinerseits, daß die Expedition lediglich in friedlicher Absicht käme, waren fruchtlos. Schließlich wurden wir von zehnfacher Uebermacht überfallen, und mit Mühe gelang es uns, Herren der Situation zu werden. Ich hatte damals schon einige Erfahrung in der Behandlung der Neger; ich wußte, daß, wenn ich das Land nach diesem ersten Siege schnell wieder verließ, der Gegner sich nicht gestraft fühlte, sondern sich den Sieg zuschreiben und unseren Rückzug als Flucht anslegen würde. Aus diesen Gründen blieb ich mehrere Tage mitten in dem aufreißerischen Stamme, griff sämtliche Ortschaften an und brannte sie nieder. Der Erfolg kam ein Jahr später zum Ausdruck, als ich auf meiner zweiten Reise in die Nähe meiner Feinde von damals gelangte. Sie zogen mit den friedlichsten Zeichen — Schafen und Ziegen — entgegen und erklärten — als ob nichts Besonderes zwischen uns vorgefallen wäre — sie hätten voriges Jahr nur einmal sehen wollen, wer der Stärkere sei; nun seien sie befriedigt und überzeugt, daß ich es sei.“

Wer nun nicht belehrt ist!

In hundert Jahren vielleicht könne man die Neger nicht „streng und gerecht“, also mit Erugen und Brennen, wenn man ohne weiteres in ihr Land einbricht, sondern „milde und gerecht“ behandeln.

Auch der Rittmeister von Stetten, der von 1894 bis 1896 Kommandeur der Kameruner Schutztruppe war, will die Neger „durch strenge Zucht und Wehrung zu brauchbaren (will sagen exploitablem, ausbeutungsfähigen) Menschen erziehen“. „Falsche Humanität und Philantropie dürften uns in späteren Zeiten teuer zu stehen kommen.“

Wir können die Prügelstrafe in Afrika weder bei Busch- noch Küstennegern entbehren; aber der Geschlagene muß wissen, warum er geprügelt wird, und habe ich gefunden, daß es jedem Neger stets lieber war, wenn er in Sagrants seine 25 erhielt, als wenn ihm später, nachdem das Vergehen längst vergessen war, Gelddabzüge gemacht wurden. Gerade diese treffen ihn am härtesten, während Gefängnisstrafe, wenn sie nicht mit harter Arbeit verbunden ist, ihm mehr als Erholung vorkommt.

Hauptmann Herold, der mehrere Jahre in Afrika thätig war, hat im Jahre 1894 in seiner Schrift: Die Behandlung der afrikanischen Neger, die Willkürherrschaft der Weisheit und Wehlan in Kamerun einer scharfen Kritik

unterzogen. Er hat es verstanden, die Eingeborenen zu behandeln. Was sagt er?

Die europäischen Humanitätsgrundsätze erfassen eine sinn-gemäße Anwendung auf afrikanische Verhältnisse. Nichts in der Welt berechtigt uns, den Neger, weil er von schwarzer Hautfarbe ist, mit anderem Maße zu messen, als den Europäer. Man vermeide, an altüberbrachten Gewohnheiten und berechtigten oder unberechtigten Einrichtungen ohne Grund zu rütteln.

Der Stationschef von San-Janne-Mangho im Logoland, Dr. Bruner, führt aus: „Das oberste Gebot in der Behandlung der Logoneger ist Gerechtigkeit.“ Einsperrung oder Lohnabzüge zur Strafe nützen nach ihm nichts oder machen verhaßt.

So bleiben also nur Prügel, die, maßvoll und gerecht verhängt, genau so erziehend wirken, wie bei unseren Kindern.

Prügel hält Bruner für notwendig auch bei den schwarzen Wegearbeitern aus Liberia; bei den von der Küste stammenden Bopowarbeitern geht es auch nicht „ganz ohne Prügel“.

Aber gar nicht prügeln darf man die Buschleute, bis überhaupt noch keine anderen Weisen, als die der Station kennen. Sie würden allesamt sofort desertieren (ausgenommen die Soldaten), und der betreffende Weiße hätte ihr Vertrauen verloren. Sie würden nie wieder für ihn arbeiten. Da ihr Betragen musterhaft ist, sie auch höchsten Respekt vor dem Weißen haben, ist ihr einziges Vergehen Lässigkeit bei der Arbeit.

Dr. Doering, Regierungsrat in Klein-Popo (Togo), zuerst nie im Zorn oder gar selbst schlagen; der Weiße vergibt sich etwas dadurch. Sondern stets ordentlich alles anhören; dann urteilen und, werden Prügel erteilt, dem Schwarzen stets klar machen, weswegen er Prügel erhält.

Der Landwirt E. Hermann, der als Schafzüchter in Deutsch-Südwestafrika (in Kubub) Erfolge erzielt hat, schreibt kurz und bündig:

Bei Behandlung sogenannter eingeborener Völker müßte der Gesichtspunkt stets festgehalten werden, daß es erwachsene, geschlechts-reife Kinder sind, deren Erziehung größtenteils vernachlässigt ist. Die besten Mittel sind Wohlwollen, gutes Beispiel, Gerechtigkeit und Festigkeit. Schädlich wirken unbedingt jede Rohheit, Unnachgiebigkeit und böses Beispiel. Derjenige hat die Kunst des Umganges mit Eingeborenen sich am besten angeeignet, der gleich einem Zwingsknecht allein jahrelang unter ihnen gelebt und sich stets ihrer Liebe und Anhänglichkeit erfreut hat.

Joachim Graf Pfeil, der fast alle deutschen Schutzgebiete kennt und als Pflanzler wie als Forschungsreisender in Afrika thätig war, übt Kritik an dem in Afrika eingewurzeltsten Lieutenantisismus. „Neulinge, namentlich Militärs, verfallen oft in den Fehler, den billig zu verlangenden Gehorsam in europäisch-militärischer Form zum Ausdruck gebracht sehen zu wollen. Auch hier ist die Frage: Ist dies zu wollen? Ich erinnere mich, in

## Seuilleton.

24) Nachdruck verboten.

### Zwei Brüder.

Von Guy de Maupassant.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Emmy Becker.

Außer der Familie Roland waren Frau Rosemilly und der Kapitän Beausire mitgekommen; die ganze Gesellschaft sah ziemlich schweigsam, halb eingeschlafert von dem gleichmäßigen Schritt der beiden kräftigen Gänse und bedauert vom Rassel des Wagens bei einander, und jeder drückte die Augen zu, um vom Staub nicht allzu sehr belästigt zu werden.

Es war um die Erntezeit; neben dem fatten Grün des Futterklees und dem grelleren der Runkelrüben leuchtete das Korn und tauchte die ganze Landschaft in seinen Goldton. Es war, als hätten die Gänse das Sonnenlicht, das sie gereift, festgehalten. Da und dort hatte man zu schneiden begonnen, und man sah auf den in Angriff genommenen Feldern die Männer sich mit der Bewegung ihrer im Sonnenstrahl glitzernden, flügelbrümligen Scheln hin und her wiegen.

Nach zweistündiger Fahrt lenkte der Dreak in einen Seitenweg zur Linken ein, fuhr an einer Windmühle, die als trauriges, leyttes Ueberbleibsel der alten Mühlen, dem Zusammenfallen nahe, melancholisch und düster ihr Tageswerk verrichtete, vorüber und rasselte dann lustig in den hübschen Hof eines zierlichen, weit und breit berühmten ländlichen Gasthauses.

Die Wirtin, die sogenannte schöne Alphonsine, erschien

freundlich lächelnd unter der Thür und elkte herbei, um den beiden Damen, für die der Wagentritt etwas hoch war, hilfsreich die Hand zu bieten.

Unter einem Zelt, am Ausgange eines schattigen Obstgartens, hatte sich eine von Stretat herübergekommene Gesellschaft von Pariseren schon zum Frühstück niedergelassen, und aus dem Innern des Hauses vernahm man Sprechen, Gelächter und Tellergeräusche.

Da die Gänse bereits besetzt waren, mußte man sich mit einem Zimmer begnügen. Plötzlich entdeckte Vater Roland an der Wand Netze, wie man sie zum Fangen der kleinen Seekrebse benutzt.

„Werden hier Salicoques gefangen?“

„Gewiß,“ versetzte Beausire. „Dies ist sogar der weit-aus ergiebteste Ort an der ganze Küste.“

„Donnerwetter! Wenn wir uns nach dem Frühstück dranmachen?“

Es traf sich, daß um drei Uhr gerade Ebbe war, und man beschloß, den Nachmittag mit Krebsen im Ufergestein zuzubringen.

Gegenen wurde nicht viel; man fürchtete Blutandrang gegen den Kopf; da man bei dem in Aussicht stehenden Vergnügen die Füße im Wasser haben mußte, und wollte überdies seinen Appetit aufsparen für das Diner, das man ungemein üppig und reichlich auf sechs Uhr bestellte.

Roland brannte vor Ungeduld. Er wollte sich die für diesen Fang besonders gemachten Netze, die große Ähnlichkeit mit Schmetterlingsnetzen haben, durchaus kaufen. Dieselben heißen „Vanets“ und sind kleine, filetgestrichte Säckel, um einen hölzernen, mit einem sehr langen Stiel versehenen Reif befestigt.

Die allezeit lächelnde Alphonsine war gern bereit, die Netze zu verleihen, und verhalf dann den beiden Damen

zu einem Anzug, der es ihnen möglich machen sollte, an der Jagd teilzunehmen, ohne ihre Kleider naß zu machen. Sie stellte ihnen kurze Röcke, grobe wollene Strümpfe und Strohpanzern zur Verfügung. Die Herren zogen ihre Fußbekleidung aus und kauften sich beim Dorfschuster Holz- und alte Lederschuhe.

Das „Vanet“ auf der Schulter und eine kleine Kiepe auf dem Rücken, wurde abmarschiert.

Frau Rosemilly nahm sich in diesem Kostüm sehr gut aus und entfaltete eine ländliche, feste Anmut, die an ihr überraschte.

Der von Alphonsine entlehnte Rock war kolett in die Höhe genommen und mit ein paar Stichen festgenäht, um ihre volle Sicherheit im Klettern und Steineüberspringen zu gewähren, darunter zeigte sich der Knöchel und der untere Teil des zierlichen und kräftigen Beines der kleinen Frau. Jacke und Tuch waren zurückgelassen worden, um nicht in der Bewegung zu hemmen, und als Kopfbedeckung hatte sie einen riesigen hellgelben Gärtnerhut aufgetrieben, dessen breiten Rand sie an einer Seite mit einem Tamariskenzweig aufsteckte, wodurch er sehr an einen lustigen, fetten Muskelier erinnerte.

Seit der Erbschaft überlegte Hans sich jeden Tag, ob er sie heiraten wolle oder nicht. So oft er sie sah, war er entschlossen, sie zur Frau zu begehren, war er dann wieder allein, so sagte er sich, daß es am Ende doch besser sei, die Sache noch etwas reiflicher zu überlegen. Ihr Vermögen war jetzt nicht so bedeutend wie das seinige, denn sie verfügte nur etwa über zwölftausend Franken Rentz. Das Kapital war jedoch in Immobilien angelegt, in Grundstücken und Pachtböden in Havre, in der Nähe der Bassins, so daß der Wert derselben sich unter Umständen verdoppeln konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Ostafrika gesehen zu haben, wie die Regearbeiter mit stramm an das nakte, linke Bein gelegter Hand und den Fingern der anderen Hand am Wollkopf Befehle empfangen und Mitteilungen machen mußten. Ein unnötiger Zwang, der nur Verbitterung nachzurufen geeignet ist! Ein wenig Ueberlegung würde zeigen, daß es richtiger war, die unter den Leuten selbst übliche Hochachtungszuwendung zu verlangen."

Graf Pfeil resumiert sich dahin:  
Meines Erachtens giebt es nur eine Hauptstrafe für den Regearbeiter: Die Prügelstrafe. Jede andere verfehlt entweder Eindruck zu machen, oder sie wird als Ungerechtigkeit empfunden und führt zur Verbitterung... Man bemesse die Strafe nach dem Umfange des Objekts. Man bewahre Selbstachtung, um dem Regearbeiter keine Gelegenheit zur Ausbeutung eigener Schwächen zu geben. Man bleibe seinen Verkehr mit dem Regearbeiter in eine Form, die ihn verhindert, den Respekt zu vergessen. Man strafe selten und streng... Man übe Geduld... Man bringe den Willen in milder Form zum Ausdruck.

Dr. Valentini, der andertausend Jahre in Kamerun thätig war und sich durch seine so lebhaft erdorteten Aufzeichnungen über die Grauel von Leist und Wehlan ein großes Verdienst erworben hat, ist heute Regierungsbeamter in Transvaal. Er schreibt:

Ich stelle die Behauptung an die Spitze, die ungefähr als Richtschnur für jeden Kolonisationsplan dienen kann:  
Der Regearbeiter ist ein mit einem feinen Rechtsgefühl begabtes, großes Kind und muß als solches behandelt werden.

Ueberblickt man die Geschichte aller Kolonien, so wird man wahrnehmen, daß sich bis auf den heutigen Tag zwei Richtungen unter den Kolonisationsplänen gegenüberstehen: die eine führt mit brutaler, roher Gewalt einen Vernichtungskampf gegen die schwarze Rasse, um sie gleichsam vom Erdboden zu vertilgen; die andere, befeuert von einer gewissen Humanitätsbegeisterung, sucht die Angehörigen jener Rasse zur Kultur und Zivilisation heranzubilden und auf dieselbe Stufe zu heben, die der Europäer einnimmt. Beide Methoden verfehlen völlig ihren Zweck; auch hier ist die goldene Mittelstraße das Beste. Strenge, aber Gerechtigkeit! Das ist das Mittel, um den Schwarzen sich dienstbar zu machen. Er muß, wie wir wissen, warum er bestraft wird... Ruhe, Ruhe im hohen Maße ist erforderlich.

Zum Schluß noch eins, und das eigentlich als das wichtigste: Der Weiße darf sich selbst niemals etwas zu schulden kommen lassen, gleichviel in welcher Hinsicht, ob dienstlich, moralisch oder anderweitig! Das erzielt den meisten Erfolg. Nur dann erblüht der Regearbeiter in ihm seinen wahren Herrn und schaut zu ihm empor wie zu einem höheren Wesen; nur dann kommt die Autorität zur Geltung und auch nur dann ist die Behandlung der Schwarzen eine leichte.

Der Missionsinspektor Plath, der viele überseeische Länder bereist hat, sagt:

Im übrigen bin ich nicht gegen die pädagogische Anwendung der Prügelstrafe bei der Regearbeiterkolonisation. Nur müßten entsprechende, harte Abkündigungen der Kolonisationspläne wegen ihrer leider nur zu oft vorkommenden Hurereien, Säuferereien und Brutalitäten irgendwie eingeführt und ausgeführt werden.

Der für die Missionsarbeit thätige Professor Warneck sagt:

Auf Grund eines dreißigjährigen Stuhlbums der gegenwärtigen Missionsthätigkeit und im Zusammenhange mit ihr des Verkehrs der Europäer mit den auf niedriger Zivilisationsstufe stehenden Völkern, speziell den afrikanischen, haben sich mir als Grundbedingungen für eine wirklich erzieherische Behandlung dieser Stämme vornehmlich drei Tugenden herausgestellt: Gerechtigkeit, Menschenfreundlichkeit und Selbsthacht.

Was die Prügelstrafe betrifft, so ist, sagt Warneck, ein generalisierendes Urteil von Uebel... Jedenfalls darf diese entehrende Strafe nicht zur Grausamkeit ausarten, und es müssen gesetzliche Vorkehrungen getroffen werden, die ihre Anwendung und das Maß ihrer Stärke der Willkür unmenschlicher Richter und Exekutoren entziehen. Bei Frauen sollte sie nie angewendet werden.

Wir haben nun unseren Lesern diese mannigfachen Urteile über die Behandlung der Schwarzen vorgeführt. Von der äußersten Milde bis zur rücksichtslosen Brutalität sind eigentlich alle Ansichten vertreten, alle Methoden empfohlen worden; Prügelpädagogen, Prügelpolitiker und Prügelfanatiker haben wir gehört, und eine eindringliche, ihrer Bedeutung nach besonders beachtenswerte Minderheit hat für Menschlichkeit plädiert.

Was für längliche Ergebnisse, welche betrübende Erfahrungen hat die deutsch-afrikanische Kolonialpolitik bereits zu verzeichnen? Die von uns in diesen Blättern eingehend besprochene letzte Denkschrift eröffnete eine ebenso ungünstige Aussicht in die Zukunft: unproduktive Ausgaben, neue Kosten, keine Hoffnung auf materielle Vorteile für das Reich. Man erinnere sich dazu des vernichtenden Urteils, das erst vor wenig Wochen der beste Kenner unserer Schutzgebiete, Herrmann von Wissmann, über Deutsch-Afrika in seinem Traktat zum 27. Januar gefällt hat!

Anstatt Unmögliches zu versuchen und Blut und Gut auf die afrikanischen Schutzgebiete zu verwenden, anstatt einer haltlosen Utopie der deutschen Kapitalistenklasse nachzugehen, wäre es an der Zeit, daheim die Arbeiterfrage praktisch zu behandeln, die mit ihren Knifflichkeiten: Prügelstrafe oder nicht? die Deutsch-Afrikaner so arg in Atem hält. Die deutsche Sozialdemokratie, deren Kritik die Leist und Wehlan denn doch am Ende mit in die Luft gesprengt hat, wird mit den deutschen Leist und Wehlan, die auf mechanische Gewalt sinnen, den Stumm und den Nachahmern Puttkamers die täglich sich höher aufsummierende Rechnung auch begleichen.

### Politische Uebersicht.

#### Wahlgerüchte.

Ein Gerücht drängt das andere, die Frage des Wahltermins für Reichstag und preussisches Abgeordnetenhaus wird eifrig erörtert.

Man nimmt an, daß die gesegnete Miquelpolitik, die heute den Ausschlag giebt, die Landtagswahlen vor die Reichstagswahlen legen will. Sicher arbeitet der Landtag mit Dampf, Abendstunden werden eingeschoben, „es geht etwas vor“.

Nun heißt es auch, daß den Behörden bereits aufgegeben sei, als Termin für die Reichstagswahlen Mittwoch den 18. Mai

in Aussicht zu nehmen, den Tag vor dem Himmelfahrtstage. Die Nachricht erscheint nicht ganz unwahrscheinlich; wir meldeten schon gestern, daß der Wahltermin voraussichtlich in die Zeit zwischen den 10. Mai und 15. Juni fallen würde.

Die Sozialdemokratie hat ihre Vorbereitungen getroffen, sie ist gefechtsfertig. Je eher, je lieber!

Auch über die Auflösung des Reichstages wird wieder viel geredet. Die Nationalliberale Korrespondenz, die vor kurzem noch von dem sicheren Erfolge der Flottenvorlage schwärmte, behauptet jetzt, wie es scheint, um das Centrum zur unbedingten Annahme des Flottengesetzes zu treiben und um Verwirrung zu stiften, daß es den „marinefreundlichen Elementen im Centrum nicht gelungen sei, für die gefestigte Sicherung des von der Regierung als unerlässlich bezeichneten Flottenmindestbestandes eine ausgiebige Anzahl von Fraktionsmitgliedern zu gewinnen“. Darüber, daß die Regierung auf das Flottengesetz bestehen müsse und auch bestehen werde, sei man auch im Centrum unterrichtet.

Sollte Herr Tirpitz sich wirklich nichts abhandeln lassen? Seine Erklärung bei der ersten Lesung war keineswegs so schroff ablehnend, und irgend ein formales Zugeständnis wird man sich schon abschacern lassen.

Interessant aber ist es zu sehen, wie jetzt die flottenpatriotischen Organe die Regierung scheinlich billien, ja keinen Wahlkampf herauszubekchwören.

Die Berliner Neuesten Nachrichten, die den Wasserpatriotismus aus allen Poren schwoigen, sind ganz aus dem Häuschen über die Auflösungsgefahr.

Die marineökonomie National-Zeitung schreibt im Einverständnis mit der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, es habe eine Zeilang geschienen, als ob innerhalb der Regierung eine Neigung zu einem Kompromiß vorhanden sei, während diese Neigung jetzt verschwunden sei.

Die Regierung sollte sich doch nicht „einer verhängnisvollen Täuschung“ hingeben, daß sie ihre Position in einem Wahlkampfe um die Flottenvorlage für eine günstige hielte.

Es ist nicht einmal im Jahre 1898, in dem Wahlkampfe um die letzte Heeresvermehrung gelungen, diesen auf die eine Kontroverse, durch die die Auflösung veranlaßt worden war, zu beschränken, und Heeresfragen finden doch in Deutschland unzweifelhaft noch umfassenderes Verständnis als Flottenfragen; die wirtschaftlichen Gegenstände standen damals vom ersten Augenblicke der Wahlbewegung an mit im Vordergrund; es gab Kandidaten für die Militärvorlage, die nur unter der Bedingung gewählt wurden, daß sie gegen einen Handelsvertrag mit Rußland stimmen würden, und andere, die für die Heeresvermehrung nur zu votieren ermächtigt wurden, sofern zur Kostenbedeckung keine neuen Verbrauchssteuern erforderlich würden. Bei alledem ist die Militärvorlage nach der Auflösung nur mit elf Stimmen Mehrheit durchgegangen. Diese Zahl legt schon die Frage nahe: was soll geschehen, wenn überhaupt keine Mehrheit für die streitigen Bestimmungen erreicht wird? Es giebt leichtherzige Politiker, die erwidern: dann wird abermals aufgelöst. Und wenn auch diese Wiederholung vergeblich ist? Man hat an den Stellen, wo man den Gedanken an eine derartige Krisis hin und her dreht, schwerlich eine bestimmte Vorstellung von den Mitteln, mit denen sie erfolgreich durchgekämpft werden könnte.

Aber wie dem auch sein mag: ist es wahrscheinlich, daß unter Regierungs- und Parteiverhältnissen wie die gegenwärtigen auch nur alle der Flottenvermehrung bereits geneigten Wähler auf Kandidaturen zu deren Gunsten vereinigt werden könnten? Das ist in hohem Grade zweifelhaft.

Die National-Zeitung verweist fohann auf die sehr große Zahl der Wähler, die „zwar für die Flottenvermehrung, jedoch keineswegs gefonnen sind, den Herren von Bloch und Genossen zur Herrschaft über das deutsche Erwerbs- und Staatsleben zu verhelfen; wir halten für gänzlich ausgeschlossen, daß solche Wähler sich durch die Parole der Flottenvorlage würden bewegen lassen, vermittelt der Abstimmung für derartige Kandidaten auf fünf Jahre der wirtschaftlichen und politischen Reaktion in den Sattel zu helfen. Denn sie würde „reiten können“, darauf kann man sich verlassen — reiten hinweg über alle nicht-agrarischen Interessen und über alle politischen und sozialen Principien eines freien Staatslebens, daß wenig davon übrig bliebe.“

Die antisemitisch angehauchte, reaktionäre Berliner Tägliche Rundschau, flottenlos bis auf die Knochen, spricht von einem Abflauen der Stimmung und von einem Nachlassen des Interesses und fordert die Regierung auf, in der Agitation nicht nachzulassen. Als ob nicht in Halle und Halle agitiert, demunziert, phantasiert, deslamiert, telegraphiert würde!

Wir überschätzen die Tragweite dieser Kundgebungen nicht, die wir wie die Flottenvorlage von Anfang an richtig gewertet haben.

Die Lösung ist: Gegen Weltpolitik, gegen Arbeitertrug, gegen Brotwucher, gegen persönliches Regiment!  
Ob die Wahlen im Mai oder im Juni angeschrieben werden, ob der Reichstag den Strohhalm stützt oder ein gewaltthätiges Ende findet, wir sind bereit.

### Deutsches Reich.

#### Parlamentsbriefe.

##### Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 17. Februar. In der Wandelhalle des Reichstags ist wieder ein Marinebild des Kaisers aufgestellt. Diesmal ist es eine Tabelle, die eine Uebersicht über die Stärke der französischen Marine giebt. Hin und wieder tritt ein Volksvertreter heran und mustert die Arbeit, aber wir glauben nicht, daß die Ausschüden der Flottenvorlage durch diese persönliche Thätigkeit des Monarchen erhöht werden; darauf wirken andere Machtfaktoren hin.

In der Sitzung selber wurde zwar nicht von der Vermehrung der Kriegsmarine, wohl aber von der Reichssubvention gesprochen, die den Handelsschiffen des Bremer Lloyd schnelleren und häufigeren Verkehr mit Ostasien ermöglichen soll. Der freisinnige Abgeordnete Weiz und unser Genosse Wolkenbühr traten als Gegner der Vorlage auf.

Herr Weiß hat aber für die Entwicklung des deutschen Handels in Ostasien so großes Interesse, daß er wenigstens noch in eine Kommissionsberatung wildigen will. Genosse Wolkenbühr aber führte in seiner jachlich kundigen Art den Nachweis, daß eine wirkliche Förderung des Handels durch die Vorlage nicht erreicht würde.

Es handelt sich nicht um den Anfang der Verstaatlichung des Verkehrs, sondern darum, die Kräfte der Allgemeinheit in den Dienst der Förderung der Interessen einer Schiffsgesellschaft zu stellen.

Graf Posadowsky hatte die Vorlage aus dem Gesichtspunkte verteidigt, daß es eine „Pflicht des Patriotismus“ sei, die Unterstützung zu bewilligen. Eine große Nation müsse etwas riskieren.

Die Stellung des Centrums zur Vorlage ist noch nicht fest gegeben. Sein Redner, der Abg. Müller-Fulda, äußerte sich zwar nicht ablehnend, will aber schließlich erst die Ergebnisse der Kommissionsberatung abwarten.

Charakteristisch war die Haltung der Agrarier. Die Bedenken, die früher bei den Konservativen gegen die Unterstützung des Lloyd bestanden, sind verschwunden. Die Junter gedenken mit der Wurst nach der Speckseite zu werfen und für diese Art von Förderung der Industrie, von Förderung des Handels, eine Revision der Handelsverträge in ihrem Sinne einzutauschen. Erst am Sonnabend wird die Beratung der Vorlage zu Ende geführt werden. Morgen beginnt der Militärstat.

#### Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 17. Februar. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses beansprucht auch über die preussische Monarchie hinaus ein lebhaftes Interesse. Zur Beratung stand der Etat des Ministeriums des Innern, wobei es bei dem Einnahmestitel „Polizeiverwaltungen“ zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Ursachen der in letzter Zeit so häufig in die Erscheinung getretenen Uebergriffe von Polizeibeamten kam.

Darin, daß derartige Uebergriffe aufs schärfste zu verurteilen seien, stimmten fast alle Mitglieder des Hauses überein; nur einige Herren von der Rechten, die sich um das Mißgeschick, das gewöhnliche Sterbliche trifft, wenig kümmern, und vor allem die Regierung, waren anderer Ansicht. Würde in Herrn von der Recke auch nur ein Funken staatsmännischer Weisheit vorhanden sein, so hätte er angefehlt der im Lande herrschenden Mißstimmung die Uebergriffe seiner Beamten zugegeben und bedauert, so aber begnügte er sich, die Polizisten als unschuldsvolle Engel hinzustellen und das böse Publikum, vor allem aber die Presse, die diese Fälle aufgebauht hätte, verantwortlich zu machen. Mit Recht erwiderte ihm Dr. Borsch (Centr.), daß jene Fälle so ungeheuerlich seien, daß sie gar nicht durch die Presse aufgebauht werden könnten. Die Bemerkung des Herrn Ministers, daß in keinem Lande der Welt die persönliche Freiheit so geschützt sei, wie bei uns, rief ein schallendes Gelächter auf der Linken und im Centrum hervor. So etwas angefehlt der haarsträubenden Thatsachen zu behaupten, das bekommt auch nur Herr v. d. Recke fertig. Noch schlimmer als er war sein Kommissar Weheimrat Lindig, der in den Fällen Klefer und Köppen keine Infortrefflichkeit der Polizei erblicken konnte und sich nicht schente, durch eine gelegentliche Bemerkung, die wir mit Rücksicht auf Fr. Köppen nicht wiedergeben wollen, diese gewiß schon hart genug vom Schicksal betroffene Dame öffentlich bloßzustellen. Eine scharfe, aber wohlverdiente Abfertigung wurde dem schneidigen Beamten durch Dr. Sattler (nat.-lib.) zu teil.

Ein Wort der Beurteilung der polizeilichen Mißgriffe war in der Rede des Abg. Herrn v. Redlich (freikons.) enthalten, während Abg. v. Seydebrandt (kons.) doch wenigstens das Gefühl offenbarte, daß bei der Polizei nicht alles in Ordnung sei und daß namentlich die wiederholte Festnahme von ausländischen Frauen zu Bedenken Anlaß gebe.

Eine vortreffliche Kritik an dem Verhalten der Polizei übte Abg. Broemel (freis. Bg.), der die Zurückverweisung dieses Titels an die Budgetkommission beantragte, damit die einzelnen Fälle dort näher geprüft werden könnten, später aber seinen Antrag, der keine Aussicht auf Annahme hatte, wieder zurückzog. Redner kritisierte auch die zu milde Behandlung von Schuldeuten und rügte es heftig, daß, wenn schon einmal die Beurteilung eines Schulmannes wegen Mißhandlung erfolge, derselbe bald darauf begnadigt würde. Natürlich betrachteten die Konservativen diese freimütige Kritik als einen Eingriff in die Kronrechte und protestierten lebhaft dagegen. Charakteristisch für den Mann und das System ist die Antwort, die Herr v. der Recke dem Abg. Broemel auf die Klagen darüber, daß so viele Verbrecher unentdeckt bleiben, erteilte. In anderen Staaten sei es ebenso, und überdies sei die Entdeckung von Verbrechern meist einem günstigen Zufall zu danken! Und von diesem Minister erwartet das Land Reformen!

Im Gegensatz zu den übrigen Rednern des Hauses ging Abg. Traeger (freis. Bp.) auch auf die politische Polizei und die Verwendung des Geheimfonds ein. Ein größeres Teil seiner Ausführungen war dem Verhalten der Magdeburger Polizei gegen unser dortiges Parteiblat und dem Verhalten des Gendarmen im Kreise Volkenstein gewidmet, der eine Wahlenbesitzerin aufzorberte, ihren Wachmeister zu entlassen, weil er Sozialdemokrat sei. Das Verhalten dieses Gendarmen, das von uns seiner Zeit eingehend geschildert wurde, mußte selbst Geheimen Rat Philippborn, der geistige Vater des lox Redes, als ungeheuerlich bezeichnen, während er die Vorgänge in Magdeburg durchaus korrekt fand. Unterstützt wurde er in dieser Auffassung von den Abgg. Herrn v. Redlich (freikons.) und Graf Limburg-Stirum, die beide der Sozialdemokratie das Recht bestritten, zu verlangen, daß ihre Angehörigen mit dem gleichen Maße gemessen würden, wie die anderen Parteien; denn so — führte Graf Limburg aus — würden wir uns, wenn es zum äußersten kommt, darauf verlassen, daß die Sozialdemokraten uns schützen, so wären wir gut aufgehoben.

Nach der Bewilligung des Titels wurde mit der Beratung der Ausgaben begonnen, wobei beim Titel „Minister“ der Abg. Eckls (nat.-lib.) die bekannte Angelegenheit der drei Vandräte in Hannover zur Sprache brachte, und Abg. v. Jagdzewski sich darüber beschwerte, daß die Regierung den Polen gegenüber das verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsrecht verlege. Natürlich wies der Minister auch diese Klagen als unbegründet zurück.

Morgen wird die Beratung fortgesetzt.

Das Herrenhaus hat sich heute nach Erledigung einiger nebenfächlichen Angelegenheiten auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die Kommission zur Vorberatung der lox Arons hat am Mittwoch ihre Thätigkeit begonnen und in erster Lesung die einzelnen Paragraphen angenommen. Eingeschoben wurde ein neuer Paragraph hinter § 5, welcher bestimmt, als zweite Instanz das Oberverwaltungsgericht statt des Staatsministeriums zu konstruieren. Der Vertreter des Kultusministers, Ministerialdirektor Althoff, erklärte, daß die Regierung auf keinen Fall auf diesen Antrag eingehen würde. Für denselben stimmten die 4 Mitglieder des Centrums und die 3 Nationalliberalen, dagegen 6 Konservative. Da ein Konservativer fehlte, so wird der Beschluß in der zweiten Lesung voraussichtlich wieder umgestoßen werden. Einen Antrag Dietrich (Centr.), zu dem Verfahren der Disziplinarbehörde zweiter Instanz einen von dem Senat der beteiligten Universität gewählten Vertreter mit entscheidendem Votum zuzuziehen, zog der Antragsteller selbst bis zur zweiten Lesung wieder zurück.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung verurteilte die Strafkammer in Waldenburg den Schlepper Briel aus Neu-Salzbrunn zu drei Monaten Gefängnis; der Staatsanwalt hatte das doppelte Strafmaß beantragt, obwohl durch die Verhandlung erwiesen wurde, daß der Angeklagte bei Begehung der angeblichen Straftat sinnlos betrunken war.

Chinesisches.

Ein Ausschub für China.

Wie die Times aus Kobe vom 16. Februar meldet, wird berichtet, daß der japanische Minister des Auswärtigen, Baron Nishi, und die japanischen Gesandten in London und Peking der japanischen Regierung anraten, daß China für die Zahlung der Kriegsschuldigung ein Ausschub bewilligt werde, um eine Aussöhnung zwischen Japan und China herbeizuführen. Es wird bezweifelt, ob der Stand der japanischen Finanzen dies gestatten werde.

Nach Kiautschau

werden als Beamte zunächst nur 2 bis 3 Marineleute geschickt werden, die Chinesisch können. Der die Verwaltung leitende Marineoffizier wird zum Gouverneur ernannt werden.

\* Berlin, 18. Februar. Nach dem vom Bundesrat in seiner heutigen Sitzung genehmigten Gesetzentwurf, betr. Änderungen von Bestimmungen über das Postwesen, soll das Porto für den frankierten gewöhnlichen Brief bis zum Gewicht von 20 Gramm einschließlich (bisher war das Höchstgewicht 15 Gramm) 10 Pfg., bei größerem Gewicht 20 Pfg. betragen. Bei unfrankierten Briefen soll ein Zuschlagsporto von 10 Pfg. ohne Unterschied des Gewichts des Briefes hinzutreten. Dasselbe Zuschlagsporto soll bei unzureichend frankierten Briefen, neben dem Ergänzungsporto angelegt werden. Der Reichskanzler soll ermächtigt sein, den Geltungsbereich der Ortsbriefzettel auf Nachbarorte auszudehnen, die durch den Verkehr eng verbunden sind. Diese Herabsetzung der Gebühr ist auch für Berlin und seine Vororte beabsichtigt. Ferner soll das Postregal, betr. die Beförderung geschlossener Briefe, auch auf Briefe Anwendung finden, die innerhalb ihres mit einer Postanstalt versehenen Ursprungsorts verbleiben. Also ein kleiner, längst geforderter Fortschritt.

Zur Miquelpolitik. In Abgeordnetenzirkeln zirkuliert dieses Wort: Frage: Was sind produktive Stände? Antwort: Diejenigen Stände, für die gesammelt wird.

Der Verein Berliner Presse hat beschlossen, daß ein ständiger Ausschub niedergesetzt werden soll mit der Aufgabe, das Material, das durch Pressprozesse, durch Entscheidungen im Zivilprozeß, die die Presse angehen, durch den Strafprozeß gegen Redakteure u. den Verfassungsverstoß an die Hand gegeben wird, zu sammeln und zu sichten. Von Zeit zu Zeit wird dem Vereine darüber Vortrag gehalten werden, und es wird im Anschluß daran beraten werden, welche Schritte zur Abstellung der Mängel der Pressegesetzgebung zu thun sind. Durch die ihm auferlegten Verpflichtungen wird der ständige Ausschub des Vereins Berliner Presse zu einer berufenen Centralstelle für alle die Presse kriminal oder zivilrechtlich interessierenden Angelegenheiten. „Handelt es sich um gesetzgeberische Maßnahmen, die die Presse betreffen, so wird dieser Ausschub im stande sein, auf Grund seines reichen, systematisch gesammelten und geordneten Materials einen maßgebenden Einfluß auf die Aus- und Neugestaltung der bestehenden Gesetze zu gewinnen.“

Daran, daß der Gesetzentwurf zum Schutze der Bauhandwerker dem Reichstag noch in der gegenwärtigen Session zugehen werde, ist, wie das Berl. Tagebl. erfährt, in keiner Weise mehr zu denken.

Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 17. d. M. bezüglich des Verfahrens bei der Einfuhr der aus Dänemark und Schweden-Norwegen auf dem Seewege eingehenden Rinder beschlossen: 1. daß die nach dem 28. d. M. eingehenden Tiere ausnahmslos auf Tuberkulose zu untersuchen und daß die dabei krank oder verdächtig befundenen Tiere nach Anbringung eines vom Reichskanzler zu bestimmenden Merkzeichens zurückzuweisen seien, und 2. daß die nicht verdächtig befundenen Tiere von dem freien Verkehr auszuscheiden und nur unter gleichen Bedingungen wie das österreichisch-ungarische Schlachtvieh zur Abschachtung in öffentlichen Schlachthäusern zugelassen seien.

Diese Maßregel wird gegenüber Schweden-Norwegen erst nach der Wiederaufhebung des kürzlich aus anderen Gründen erlassenen Vieheinfuhrverbots zur Anwendung kommen.

Vöndler und Centrum. Die Germania, das Berliner Centrumsblatt, ist beleidigt, weil einer der Redner in der Generalversammlung des Bundes, das Dertelchen, gegen dogmatischen Formelkram und das Murren der Gebete gesprochen hat, und sie erklärt:

Wenn solche Beschimpfungen der katholischen Religion auf der Generalversammlung des evangelischen Bundes — pardon, des Bundes der Landwirte möglich sind, dann kann und darf für einen katholischen Landwirt, der auf seine religiöse Überzeugung und seine Ehre hält, in einer solchen katholischen Gesellschaft kein Platz mehr sein! Und nun die zahlreichen „Centrumsangehörigen“? Haben diese denn vergessen, daß am 29. November 1895 der erste Vorsitzende des Bundes, Herr v. Wöhl, in einer Bundesversammlung in Dornitz öffentlich ausgesprochen hat: „Das Centrum muß gesprengt werden!“ Das ist die „Politik der Sammlung des Bundes der Landwirte“, und dazu sollten wirkliche Centrumsangehörige mitwirken!

Das Osterfelder Eisenbahnunglück vor Gericht. In Essen hatte sich der Bahnwärter Jakob Schmidhuyssen aus Osterfeld wegen des Eisenbahnunglücks, das sich am 30. Dezember vorigen Jahres bei Osterfeld zutrug, zu verantworten.

In Wirklichkeit wurde aber die Verwaltung angeklagt. Es wurde festgestellt, daß der Bahnwärter, der ein pflichttreuer Beamter und nicht vorbestraft war, für täglich 12stündige Arbeit ein Gehalt von 852 M. bezog und, um Frau und 6 Kinder zu ernähren, noch nebenbei das Schuhmacherhandwerk betreiben mußte. Am Tage des Unglücks hatte er nur 2-3 Stunden geschlafen. Trotzdem die Vorgesetzten dem Angeklagten das beste Zeugnis ausstellten, beantragte der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis. Das Gericht schloß sich dem Staatsanwalt an und verurteilte Schmidhuyssen, unter Anerkennung seiner tadellosen Führung, zu drei Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten. Außerdem wurde der Verurteilte für die Zukunft als dienstunfähig erklärt.

Germanisatorisches aus Posen. Ein Posener Blatt meldet: Auf Befehl des Regierungspräsidenten Herrn v. Jagow unterzog heute der Regierungsdirektor Klein die Wagen der neuen Posener elektrischen Straßenbahn und die Straßentafeln an den Haltestellen auf der ganzen Linie einer strengen Inspek-

tion. Dabei wurde besonders die Größe der polnischen und deutschen Buchstaben der betreffenden Aufschriften eingehend geprüft.

Nicht weniger als 60 Generale sind nach der Köln. Volksz. im Jahre 1897 in der preussischen Armee zur Disposition gestellt worden, darunter ein Generaloberst (Fhr. v. Doe, Oberbefehlshaber in den Marken), 3 Generale der Infanterie (v. Winterfeld, kommandierender General des Garde-Corps, v. Seelt, kommandierender General des V. Armeekorps, und v. Goltz, Chef des Ingenieur- und Pionier-Corps), 2 Generale der Kavallerie (v. Leipziger, Gouverneur v. Köln, und v. Hänisch, kommandierender General des IV. Armeekorps), ferner 12 Generalleutnants und 42 Generalmajors. 4 Generale der Infanterie sind gestorben (Großherzog Friedrich Franz III. von Mecklenburg-Schwerin, Prinz Wilhelm von Baden, Prinz v. Schönburg-Waldenburg, Herzog v. Ujest), sowie 2 Generalmajors. Infolge dieser Todesfälle bzw. Verabschiedungen haben ihre Kommandeure gewechselt: 3 Armeekorps, 15 Divisionen, 1 Infanterie-Inspektion, 10 Infanterie-Brigaden, 12 Kavallerie-Brigaden, 4 Feldartillerie-Brigaden, 1 Infanterie-Brigade, die Generalinspektion des Ingenieur- und Pionier-Corps, 1 Pionier-Inspektion, die Inspektion der technischen Institute, 1 Gouvernament und 4 Kommandanturen. Dem Uebertritt von 64 Generalen in den Ruhestand — 4 Regimentskommandeure erhielten noch den Charakter als Generalmajor, als sie zur Disposition gestellt wurden — steht nur ein Abgang von 41 schon zur Disposition stehenden Generalen durch Ableben gegenüber; mithin ist die Zahl der im Ruhestand lebenden Generale im Jahre 1897 um 23 gewachsen.

Nach einer jetzt veröffentlichten Statistik des Reichseisenbahnamtes ist in dem letzten Jahrzehnt die Eigentümlänge der deutschen Vollspurbahnen von 38 048 auf 46 171 Kilometer gewachsen; die Staatsbahnen haben um 29,5 Prozent, die Privatbahnen um 35,4 Prozent zugenommen. Auf 10 000 Einwohner kamen 1896/97 8,53 Kilometer Eisenbahnen gegen 7,02 Kilometer in 1886/87. Die Stationen und Betriebsmittel haben folgende Entwicklung erfahren: Die Gesamtzahl der Stationen ist in dem zehnjährigen Zeitraum von 6376 auf 8803, d. h. um 39,5 v. H., somit stärker gestiegen, als die Gleislänge. Es entfällt jetzt 1 Station auf 5,19 Kilometer Bahnlänge, während vor 10 Jahren die durchschnittliche Entfernung der Stationen 6,97 Kilometer betrug. Zur Bewältigung des Verkehrs standen den vollspurigen deutschen Eisenbahnen im Betriebsjahre 1896/97 16 350 Lokomotiven, 32 391 Personenzüge mit 78 093 Achsen und 346 392 Gepäck- und Güterwagen mit 704 655 Achsen zur Verfügung, während im Jahre 1886/87 12 642 Lokomotiven, 23 224 Personenzüge mit 61 590 Achsen und 251 785 Gepäck- und Güterwagen mit 513 280 Achsen vorhanden waren. Es hat somit bei den Lokomotiven eine Zunahme von 3708 Stück oder um 29,3 v. H., bei den Personenzügen um 9167 Stück oder um 39,5 v. H. und bei den Gepäck- und Güterwagen um 94 657 Stück oder um 37,6 v. H. stattgefunden. Die Beschaffungskosten für die Betriebsmittel haben sich von 1506,82 Millionen Mark auf 1988,98 Millionen Mark oder um 32 v. H. erhöht. Der letztere Betrag stellt fast ein Sechstel der Baukosten der vollspurigen deutschen Eisenbahnen dar. Von ihm entfallen 698,81 (588,74) Millionen Mark auf Lokomotiven nebst Tendern, 294,21 (179,00) Millionen Mark auf Personenzüge und 1001,11 (788,48) Millionen Mark auf Gepäck- und Güterwagen.

z. Aus Schlesien, 17. Februar. An Stelle des bisherigen Abgeordneten für Waldenburg, des Bergarbeiters Müller-Vochum, der aus Gesundheitsrücksichten auf eine Wiederaufstellung verzichtet, haben die Parteigenossen in Waldenburg nunmehr den Bergarbeiter S. Sachse-Zwidau als ihren Kandidaten für die nächsten Reichstagswahlen aufgestellt.

Von den vereinigten Konservativen und Nationalliberalen in Waldenburg wurde der freikonservative Landtagsabgeordnete und Amtsrichter Krause, von der freisinnigen Volkspartei der Justizrat Feige-Dreslau aufgestellt.

E. Osterfeld, 16. Februar. Zum erstenmal wird einem Redakteur der Freien Presse im Osterfelder Gefängnis Selbstbestätigung bewilligt. Der Genosse Gewehr, der am 31. Januar eine dreimonatliche Haft angetreten hat, ist es, dem diese Begünstigung, die ihm beim Antritt der Strafe abgeschlagen wurde, nun zu teil wird. Gewehr wird von der Buchdruckerei Grimpe beschäftigt, sie hat dafür den Tag 1 Mk. zu entrichten.

g. Nürnberg, 17. Februar. Im Wahlkreise Fürth haben die Vorpostengefechte des Wahlkampfes bereits begonnen. Um den freisinnigen Schulinsektor Weiß, der jetzt das Mandat inne hat, aus dem Sattel zu heben, haben sich Nationalliberale, Konservative, Bauernbündler und Antifemiten zu einem Kartell zusammengeschlossen und den nationalliberalen Kunstmalbesitzer Bauviedel in Nürnberg als ihren Kandidaten erklärt. Sie hoffen ihn in die Stichwahl mit dem Sozialdemokraten zu bringen und dann mit Hilfe der rechtsstehenden freisinnigen Elemente zu siegen.

Der Mann, den dieses wunderliche Parteigebilde auf den Schild heben will, ist der richtige Mischmasch Kandidat. Er, der Petitionen um Aufrechterhaltung der Handelsverträge unterzeichnet hat, gibt, um sich die Stimmen des Unhangs der Agrarademagogen Luz und Vech zu sichern, die protokollarische Erklärung ab, daß er im Reichstage gegen die Handelsverträge, für den Bruch der Verträge mit Amerika und für Absperzung der Grenzen gegen Vieh sein werde. Er will also um jeden Preis in den Reichstag kommen, und daher verspricht er dem Mischmasch, der ihm hierbei als Schemel dienen soll, alles, was er nur will. Da der Wahlkreis Fürth ein bedeutender Industriebezirk ist, wird Herr Bauviedel mit diesem „Programm“ wenig Glück haben, und man könnte dem freisinnigen Feind. Kurier recht geben, wenn er meint, die Fürther Industriellen müßten Esel sein, wenn sie ihm ihre Stimmen geben würden.

Von unserer Seite ist wieder Genosse Segis aufgestellt, die Aussichten sind durch das Auftauchen dieses neuen Kandidaten entschieden nicht günstiger geworden.

z. Karlsruhe, 17. Februar. Am Montag gab Minister Eisenlohr namens der Gesamtregierung in der Verfassungskommission des Landtages die Erklärung ab, daß die Regierung am indirekten Wahlrecht nicht unbedingt festhalte; daß sie dagegen für das direkte Wahlrecht nur zu haben sei, wenn neben den direkt gewählten Abgeordneten eine Anzahl durch Organe der Selbstverwaltung, also aus der Mitte der Handels- und Gewerbetreibenden, Bürgervereine u. gewählte Abgeordnete treten.

Auf eine Anpassung, daß nach Artikel 69 der Verfassung Vordens der Abgeordnete schwören muß, daß er nur des ganzen Landes Wohl und Bestes ohne Rücksicht auf besondere Stände oder Klassen zu beraten habe, eine solche Interessenvertretung also verfassungswidrig sei, erklärte der Minister nur, er betrachte solche Vertreter nicht als solche bestimmter Interessen, sondern als solche des ganzen Landes. Eine andere Stellung werde die Regierung nicht einnehmen, auch wenn sich

in der Volksvertretung eine verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit für andere Vorschläge finden werde.

Nach dieser Erklärung ist jede Aussicht, in diesem Landtage bezüglich des direkten Wahlrechts zu einem Resultat zu gelangen, erfolglos.

Die Nationalliberalen sind für diesen Vorschlag Feuer und Flamme. Abgesehen davon, daß er ihnen willkommenen Gelegenheit giebt, sich um die ganze Frage herumzudrücken, macht er ihnen auch deshalb große Freude, weil, wenn er je Gesetz würde, sie eine ganze Reihe sicherer Mandate von vornherein in der Tasche hätten.

Die Stellungnahme der Regierung sowie der Nationalliberalen zeigt, wie wenig aus dem Ergebnisse der letzten Wahlen gelernt haben. Das bairische Volk wird dieser brüsten Herausforderung die Antwort nicht schuldig bleiben.

kleine politische Nachrichten. Wegen Zweikampfs wurde in Stargard der Hauptmann v. Ostrowski vom Kolbergischen Grenadierregiment zu einem Jahre Festung verurteilt, sein Gegner, der Hauptmann v. Haine von demselben Regiment, erhielt vier Tage Festung. — Ein Unglücksfall hat sich kürzlich auf dem wieschen Bittenbrunn und Nebensheim gelegenen neuen Militärchießplatz beim Geschichtsschießen ereignet. Ein Geschöß drang durch den in Mannshöhe noch etwa vier Meter starken Schußdamm und traf einen als Zieler verwendeten Soldaten der 4. Compagnie des 15. Infanterie-Regiments in Schulterhöhe, durchdrang den Körper und blieb, den Waffenrock an der Rückenseite nicht mehr durchdringend, an der Innenseite des Rockes liegen. Der Verletzte ist gestorben. — Im englischen Nyassaland hat nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus der Angari-Zulu-Häuptling Mpsen einen Aufstand begonnen. Einige europäische Beamte sind eingeschlossen worden. — Aus Bombay wird vom 17. Februar gemeldet: Die Pesttodesfälle in verflorener Woche bezifferten sich auf 1257, die Gesamterkranktheit betrug 2195 oder 187,44 pro Tausend.

Oesterreich-Ungarn.

Verlorene Liebesmüh! — Studentenpolitik.

Wie die Neue Freie Presse aus Krakau meldet, beschloß der Reichshof, das von dem Vertreter des sozialdemokratischen Abgeordneten Daszynski vorgelegte ärztliche Zeugnis nicht zu berücksichtigen, jedoch mit der Aufschreibung der Verhandlung bis zur Rückkehr Daszynskis einzuhalten, da gemäß des Vertrages mit der Schweiz dem in Zürich weilenden Daszynski eine Vorladung zur Verhandlung wegen Aufwiegelung, somit wegen eines politischen Vergehens, nicht zugestellt werden kann.

Wegen den „deutsch-rabiaten“ Doktor Weiß, der der Prager Burschenschaft Karolina angehört, wurde anlässlich einer kürzlich in Wien in einer Studentenversammlung gehaltenen Rede die gerichtliche Untersuchung wegen Hochverrats eingeleitet. Die deutschen Studenten in Laibach unterließen am 16. Februar auf Wunsch des Landespräsidenten den Bummel. Auf den Straßen fanden große Ansammlungen statt. Die slowenischen Studenten überreichten dem Bürgermeister eine Denkschrift, welche schließt: „Wir vertreiben nicht die deutschen, wohl die preussischen Konkurrenz von unserem Boden.“

In das Komitee für die Beteiligung an der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900

sind von der österreichischen Regierung auch zwei Sozialdemokraten berufen, und zwar in das Spezialkomitee für die Ausstellung der Presse der Herausgeber der Wiener Arbeiter-Zeitung, Viktor Adler, und in das Spezialkomitee für Sozialökonomie, Hygiene und öffentliches Gesundheitswesen der Reichsratsabgeordnete Leo Verkauf.

Belgien.

Schnellige Justiz.

Monts, 17. Februar. Das Justizpolizeigericht sprach heute das Urteil über die sozialistischen Deputierten Roger und Vrenez, die angeklagt waren, den Bürgermeister von Santroge geschlagen und beleidigt zu haben. Roger erhielt wegen der Verletzung zwei Monate, wegen der Beleidigung zwei Wochen Gefängnis. Vrenez wurde wegen Beleidigung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

Frankreich.

Dreyfus im Senate.

Paris, 17. Februar. Wie bereits gemeldet, machte der Justizminister im heutigen Ministerrate Mitteilung davon, daß Dreyfus und Trarieux im Senate über Unregelmäßigkeiten zu interpellieren beabsichtigen, die im Dreyfusprozeß vorgekommen seien. Die Interpellanten bezeichneten es als eine Ungefährlichkeit, daß am 23. Dezember 1894 dem Kriegsgerichte sogenannte geheime Schriftstücke unterbreitet worden seien, die man weder dem Angeklagten Dreyfus noch seinem Verteidiger Demange mitgeteilt habe.

Die gesamte Presse beschäftigt sich mit der Rede des Generals Pellieux vom 16. Februar. Die Blätter der Dreyfus-Partei schreiben, daß der General Pellieux vom Generalstabe, der sich geschlagen fühlte, vorgeschickt worden sei, um den Mordzug zu decken. Sie heben außerdem zwei Stellen in der Rede des Generals hervor; die eine Stelle ist diejenige, wo der General sagt, das Kriegsgericht des Esterhazyprozesses habe nicht gewollt, daß man einen Unschuldigen an die Stelle eines Verurteilten setze, möge dieser nun schuldig sein oder nicht.

Die Clémenceaufsche Aurora schreibt: „Schuldig oder nicht, das ist nicht die Frage; es handelt sich nur darum, um jeden Preis die Ehre des Bureau zu retten, das den Dreyfus hat verurteilen lassen. Zu diesem Zweck muß die Unschuld Esterhazy's proklamiert werden, für den der Generalstab sich verbürgt. Damit ist die Anklage Polas bewiesen, daß das Kriegsgericht den Esterhazy auf Befehl freigesprochen hat, da das Kriegsgericht wußte, daß es der formelle Wunsch des Generalstabs sei, daß Esterhazy freigesprochen werde, ob er schuldig war oder nicht.“

Die andere Stelle aus der Rede des Generals Pellieux ist diejenige, wo er erklärt, die Revision des Dreyfusprozesses sei ihm und seinen Kameraden gleichgültig. Die Blätter der Dreyfus-Partei schließen daraus, daß die militärischen Kreise die Revision des Dreyfusprozesses nahe bevorstehend fühlen und daß sie, in die äußerste Enge getrieben, Dreyfus ausgeben, um sich allein auf das Terrain des Esterhazyprozesses zu beschränken. Die kriegsministeriellen und reaktionären Blätter beglückwünschen den General Pellieux zu seiner Rede.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Hierzu zwei Beilagen.

Mittwoch den 23. Februar abends 9 Uhr

# Versammlung

## der sozialdemokrat. Partei für den 12. u. 13. Reichstagswahlkreis in beiden Sälen der Flora.

**Tagesordnung:** 1. Angelegenheit: Stadtverordnetenfraktion kontra Stadtverordneten Bernstein. (Referent wird von der Fraktion gestellt.) 2. Bericht des Komitees. 3. Diskussion.

NB. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreiches Erscheinen der Genossen.

Das Agitationskomitee.

## Achtung, Holzarbeiter!

Sonnabend den 19. Februar abends 9 Uhr im Coburger Hof

### Öffentliche Versammlung.

**Tagesordnung:** 1. Vortrag des Genossen N. Lipinski: Dem Volke die Erde. 2. Gewerkschaftliches. 3. Diskussion. [1526]

Die Werkstatt-Delegierten aller Branchen werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

## Stuckateure.

Sonnabend den 19. Februar abends 9 Uhr

### Öffentl. Versammlung

bei Spieß, Seeburgstraße 5/3.

**Tagesordnung:** 1. Arbeitslosenunterstützung betr. 2. Vorschläge zu einem Entwurf für den Zentralverband. 3. Gewerkschaftliches und Diskussion. [1530]

## Verein Vorwärts, Markkranstädt

Sonnabend den 19. Februar abends 9 Uhr

### Öffentl. Versammlung in der Parkschänke.

**Tagesordnung:** 1. Vortrag über die Revolutionszeit: Die Pariser Junikämpfe. 2. Diskussion. [1527]

Zahlreiches Erscheinen erwartet

## Öffentliche Einwohner-Versammlung im Gasthof zu Leutzsch.

**Tagesordnung:** 1. Allgemeine politische Lage. Referent: Konrad Gänisch aus Leipzig. 2. Eingebildungsfrage zur Stadt Leipzig. 3. Brausebad betr. In allen Punkten Diskussion. [1440]

Zahlreiches Erscheinen erwartet

## Taucha.

Sonntag den 20. Februar nachmittags 3 Uhr

### Volks-Versammlung im Gasthof Gradefeld.

**Tagesordnung:** Der Kampf ums Dasein. 2. Die Ratsbruchsangelegenheit. 3. Diskussion. [1550]

Die Arbeiter des Brausebades sowie die Verwaltung desselben sind freundlichst eingeladen.

## Deutsch. Holzarbeiterverband.

Den Einzelmitgliedern des Deutschen Holzarbeiterverbandes von Leipzig und Umgegend zur Nachricht, daß die Wahl von 3 Delegierten für Leipzig zu dem am 11. April in Göttingen stattfindenden 2. Verbandstag

am 25. Februar

bestimmt ist. [1526]

Die Stimmzettel sind vom 19. Februar ab im Coburger Hof zu entnehmen.

Stuttgart, den 18. Februar 1898.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

K. Kloss, 1. Vor.

## Radfahrer, Freie Vereinigung.

Wegen der Protest-Versammlungen findet unsere Mitglieder-Versammlung erst Mittwoch den 23. Februar abends 9 Uhr im Rindischen Hof, Mittelstraße, statt. Pflicht eines jeden einzelnen Genossen ist, zu erscheinen. [1532]

## Gesellschaft „Humor“ zu Leipzig.

Sonntag den 20. Februar 1898

in sämtlichen festlich decorierten Räumen der Goldenen Krone zu Connehditz

### Grosser karnevalistischer Abend

verbunden mit Spezialitäten-Vorträgen, grossen Ueberraschungen und Ball. Einlaß 1/2 Uhr. Eintritt 80 Pfg. Kinder 15 Pfg. Anfang punkt 1/4, 4 Uhr. [1518]

## Jeder Schuhwaren aller Art

zu denkbar billigsten Preisen nur  
Nürnberg Str. 37, Ecke Seeburgstr.  
bei Otto Keilitz, Schuhmachermeister. Bitte auf Firma zu achten.

## Arbeiterverein Leipzig.

Vereinstotal: Münzgasse 7, II. [1525]

Sonnabend den 19. Februar abends 9 Uhr

**Vortrag** von Herrn Manfred Wittich über: Die Ereignisse des Jahres 1848. Jedermann willkommen.

Im Restaurant zur Schelle, Neissefelsen, Burgener Str.: Diskussion.

Sonntag den 20. Februar vorm. 10<sup>1/2</sup> Uhr

**Besprechung** der Mitglieder, die sich an der Stenographie beteiligen wollen.

Deutschkatholische Gemeinde (Freirelig.)

Sonntag, 20. Febr., früh 10 Uhr I. Bürger-  
schule: Erbauung. Prediger Klippenberger.

Das Stiftungsfest findet

unfallbehalber erst Sonntag den 27. Febr. im Goldenen Adler (Turnerheim) zu L.-Lindenau, Angerstrasse, statt. [1522]

Anfang nachm. 4<sup>1/2</sup> Uhr.

## Arbeiterverein für Baunsdorf und Umgegend.

Sonnabend den 19. Februar abends 9 Uhr

**Mitglieder-Versammlung.**

Zahlreiches Erscheinen wünscht D. V.

## Arbeiter-Verein Quantfleberg und Umgegend.

Sonnabend, 19. Februar, abends 9 Uhr

im Gasthof zum weißen Hahn

von Herrn Rich. Sperling

**Vortrag** über: Naturheilkunde. Gäste willkommen. Der Vorstand. [1551]

## Gemeinnütziger Verein L.-Eutritzsch.

Sonntag den 20. Februar abends 9 Uhr

im Restaurant Schmidt, Marienstr. 9

**Vortrag** von Frl. Döll über: Die sozialen Aufgaben der Erziehung. [1554] D. V.

## Arbeiter-Verein Bahren.

Sonnabend den 19. Februar

**Versammlung.**

**Tagesordnung:** Fortsetzung über: Gemeindegemeinschaften. [1551]

Zahlreiches Erscheinen erwartet D. V.

## Volksverein f. Plagw.-Lindenau.

Sonnabend den 19. Februar

**Vortrag** von Herrn Dr. Frische

über: Das demokratische Prinzip in der Geschichte.

## Begleit d. Unterrichts in Stenographie (System Schellhauer)

Mittwoch den 23. Februar abends 9 Uhr

im Vereinslokal, Stadt Altenburg, Lind.

Markt. — Anmeldungen werden noch entgegen genommen. Der Vorstand.

## Reform-Kinderwagen

Leiterwagen, Bordwagen gut und billig. [2025]

Ernst Hofmann

Entwickel, Lindenstr. 14

Ecke Rakbachstr.

Gr. Ausw. prämi. Kanarienvögel.

Sechsb. Mistl., Rest., Charpie, Eierrot,

hochfeiner Sommerkäse, Ameisenener,

Mehl, ital. Goldfische 10 Pf. empfiehlt

Max Kraft, Vogelputzer, Poststraße 18.

## Deutschkatholische Gemeinde.

Das Stiftungsfest bestehend in Konzert, Festrede, Gesangsaufführungen und Tanz, findet unständehalber erst

**Sonntag den 27. Februar**

im Goldenen Adler (Turnerheim) zu L.-Lindenau, Angerstrasse

statt. Anfang 4<sup>1/2</sup> Uhr. [1523]

Programme im Vorverkauf 20 Pfg., an der Kasse 25 Pfg.

L.-Volkmarzdorf, im Februar 1898.

P. P. Einem geehrten Publikum sowie meiner werthen Nachbarschaft zur gefälligen

Kenntnisnahme, daß ich die am hiesigen Plage Konradstrasse 57 unter

der Firma Paul Berndt betriebene

**Weiß-, Brot- und Kuchenbäckerei**

küchlich übernommen habe und dieselbe unter meinem Namen weiterführe. Es wird

mein Bestreben sein, das mich besuchende Publikum durch gute, preiswerte Waren

zufrieden zu stellen; bitte deshalb, mich in meinem Unternehmen durch recht

regem Zuspruch gütigst zu unterstützen, in welcher Erwartung ich zeichne

Mit aller Hochachtung **Karl Elgershäuser**, Bäckermesser. [1537]

NB. Fröhlich bestere auf Wunsch frei ins Haus.

## Schleuniger Ausverkauf!

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Ich habe ein Warenlager von

Bettzeugen, Inlets, Hemdenbarchenten, Hand-

tüchern, Velourbarchenten, Schlafdecken,

weißen Damastbettzeugen, Barchenthemden etc.

kolossal billig gekauft.

Da ich diese Waren in meinem Geschäftlokal nicht unter-

bringen kann, verkaufe solche, um unbedingt schnell zu

räumen, zu

**spottbilligen, nie dagewesenen Preisen.**

Ein Teil der Waren ist im Schaufenster ausgelegt.

**Selmar Kraft**

Lindenau. [1511]

## Nähmaschinen-Ausverkauf.

Nachdem zum Vermögen des Nähmaschinenfabrikanten B. Worch in Nürnberg

das Konkursverfahren eröffnet worden ist, soll das Nähmaschinen-Lager

der Filiale

Leipzig, Nürnberger Str. 35, Ecke Seeburgstr.

zu herabgesetzten Preisen ausverkauft werden.

Reflektanten zur Uebernahme des ganzen Lagers resp. Geschäfts wollen sich

an den Leiter der dortigen Filiale wenden.

Der Konkursverwalter. Rechtsanwalt B. Frankfurter, Nürnberg.

## Upmann, beste 5 Pfennig-Cigarre, kauft man nur bei

Herrn Scheibner, Gerberstraße 54.

## Marienbad

Leipzig-Neuschönfeld

Eisenbahnstrasse Nr. 66.

Konradstrasse 25.

Schwimmbassin 20°

Dampfbäder, russische, römisch-irische, Voll-

und Teil-Dampfbäder, Einpackungen,

Specialkurformen, anerkannt vorz. Massage.

Damenzelt von 1—4 Uhr nachm. Schwimm-

bassin, feinstkörniges Wasser. Damenzelt:

Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2—1/2 Uhr

nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag von

1/2, 9—11 Uhr vorm. Männerbäder I. u.

II. Klasse für Damen u. Herren zu jeder Tages-

zeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh

6 bis abends 8 Uhr geöffnet. [9658]

## Zu haben

in den meisten Kolonialwaren-, Droguen- und Selson-Handlungen.

## Dr. Thompsons

Seifenpulver

ist das beste und im Gebrauch

billigste und bequemste

**Waschmittel**

der Welt.

Man achte genau auf den Namen

„Dr. Thompson“

und die Schwanmarke „Schwan“.

## Tuchfabr. Niederlage Gust. Huhn

Tändchenw. 1, 4 Min. v. Augustuspl.

Große Kisten Damenkleiderstoffe, Br.

reinu. Boden, Planelle, Halbwole,

Kammgarne von Musterweiden für

komme Saffon herrührend, gebe unter

Fabrikationspreis spottbillig ab. Zur

Konfirmation Pr. schwarze Qualitäten.



Kinderkörbe 3.— Mk.  
Papierkörbe 75 Pfg.  
Tragkörbe 2.75 Mk.  
Einfache Kinder-  
stühle . . . 45 Pfg.  
Matratzen . . 75 Pfg.  
etc. etc.  
Alle Reparaturen  
schnell und billig.  
Kurprinzstrasse 24,  
Ecke Windmühlenstr.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Großbritannien.

Ueberseeisches im Parlament.

London, 17. Februar. Im Unterhause fragte Walton an, ob, angesichts der großen Wichtigkeit für den Handel und die britischen Interessen, die eine baldige Eisenbahnverbindung zwischen Birma und China hätte und in Hinsicht auf die jüngst berichtete Einwilligung Chinas in eine solche Politik, die Regierung prompt die Gelegenheit ergreifen werde zwecks Fortführung der birmanischen Eisenbahn in Yunnan.

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Curzon, erwidert, die Anfrage basiere auf einem Gerücht, das zu bestätigen er nicht in der Lage sei. Jedemfalls sei es ratsam, die Bahn nach der chinesischen Grenze zu bauen, bevor ein Beschluß hinsichtlich der möglichen Fortführung über die Grenze hinaus zu fassen sei.

Ferner stellte Curzon mit, bei Buddu hätten Unruhen stattgefunden und es sei beabsichtigt zu einem Gefecht gekommen. Nach den neuesten Berichten aber sei zu hoffen, daß die Dinge dort sich ordnen werden. Soweit der Regierung bekannt sei, verhielten sich die sudanesischen Garnisonen in den Südprowinzen noch loyal. Von der Ugandabahn seien am 1. Januar 121 Meilen fertig gewesen und davon 100 Meilen für den Verkehr eröffnet worden.

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Curzon, teilt mit, der Lieutenant der deutsch-ostafrikanischen Schutztruppe v. Wulffen schrieb am 22. Juli an den britischen Kommandanten aus der deutschen Sphäre, daß König Mwanga zur Zeit sein Gefangener sei und nach Rufosa gebracht werde. Die Regierung wisse nicht, was seitdem vorgegangen sei, aber Lieutenant v. Wulffen sei sehr freundlich gewesen, indem er den britischen Streitkräften in der Umgebung von Lubwa's Munition lieferte.

Nordamerika.

Zum Untergange des Kreuzers Maine.

Bei der Katastrophe des nordamerikanischen Kreuzers Maine sind 236 Mannschaften und 2 Offiziere ums Leben gekommen. Einer Meldung der Offiziere der Maine zufolge fand die Explosion im Hauptmagazine statt. Das Schiff wurde aus dem Wasser gehoben und brach tatsächlich in Stücke. Die Mehrzahl der Mannschaft und der Offiziere war zur Zeit der Explosion unter Deck. Nach der Ausräumung eines Walfisches des untergegangenen Kreuzers soll die Explosion in dem zur Aufbewahrung von Schießbaumwolle für Torpedos benutzten Magazin erfolgt sein. Auch der Chef des Navigationsbureaus Dickens ist der Ansicht, daß die Explosion im Magazin stattfand. Die Thatsache, daß das Schiff nicht sofort sank, spreche deutlich dafür, daß die Explosion nicht einem Torpedo zuzuschreiben ist.

Nach einer weiteren Meldung wird das Unglück einer Unvorsichtigkeit zugeschrieben, die beim Reinigen eines Torpedos begangen worden ist.

In den Vereinigten Staaten ist die Aufregung naturgemäß sehr groß. Es ist die Meinung laut geworden, daß die Katastrophe auf ein Verbrechen von spanischer Seite zurückzuführen sei. Das New Yorker Journal veröffentlicht eine Erklärung, durch die es eine Belohnung von 50000 Dollar aussetzt für die Entdeckung und Uebersführung der Person oder der Personen oder der Regierung, auf die die verbrecherische Verantwortung für die Explosion fällt.

Der spanische Geschäftsträger in Washington du Bose begab sich nach dem Staatsdepartement, um persönlich und offiziell seine Teilnahme auszudrücken und gleichzeitig ein von dem Generalgouverneur Blanco eingegangenes Beileidstelegramm zu übermitteln.

Nach Eingang der Trauernachricht von dem Unglücksfall, von dem das amerikanische Panzerschiff Maine im Hafen von Havana betroffen worden ist, hat Kaiser Wilhelm sofort in einem an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichteten direkten Telegramm sein herzlichstes Beileid ausgesprochen. Der kaiserliche Volschaster in Washington ist gleichzeitig angewiesen worden, in einer beim Präsidenten nachzusuchenden Audienz dieser Teilnahme auch mündlichen Ausdruck zu geben.

Aus London wird vom 17. d. M. gemeldet: Heute nachmittag herrschte hier große Erregung, hervorgerufen durch Gerüchte aus Newyork, daß durch Taucher in dem Boden der Maine ein achtzigfüßiges durch Perforation verursachtes Loch entdeckt worden sei. Die Erregung beruhigte sich jedoch infolge der von Washington eingegangenen Telegramme, die melden, daß das Marineministerium diesem Gerücht absolut keinen Glauben schenke.

Prozeß gegen den Torgauer Bürgermeister Girth.

Göttingen, 17. Februar.

Die Straftaten des Torgauer Bürgermeisters Girth gelangten gestern vor dem Schwurgericht des hiesigen Landgerichts zur Verhandlung. Girth, der schon als Student viele Schulden gehabt hat, hat auch als Referendar und Assessor weit über seine Verhältnisse gelebt und ist dadurch immer tiefer in Schulden geraten.

Kleine Chronik.

Leipzig, 18. Februar.

1. u. Volkstümliche Hochschulkurse in Oesterreich. Der erste Vortragscyclus des laufenden Wintersemesters umfaßte 26 Kurse in Wien mit insgesamt über 8000 Hörern, davon mehr als tausend Arbeiter, wei in Brünn mit je 800, einen in Leoben mit 286 Hörern. In Wien wurden am besten besucht: Ein Kurs über Anatomie mit 891, über Astronomie mit 816, erste Hilfe mit 276, deutsche Literaturgeschichte mit 207, griechische Philosophie von Plato mit 170, Entwicklungsgeichte der Erde mit 175 Hörern. Die zahlreichen Kurse über politische Wissenschaften betrafen die Wirtschaftsgeschichte, das österreichische Verfassungsrecht, englische und französische Revolutionsgeschichte. Diese Kurse erzielten meist einen Besuch von 50—100 Hörern. Diese Wiener Kurse dauern regelmäßig mehrere Wochen, die Einschreibgebühr beträgt eine Krone (75 Pfg.) für jeden einzelnen Kurs. Also immerhin ein kleines Opfer an Zeit und Geld. Desio erfreulicher der rege Besuch.

Von der Wiener Hoftheater-Intendantur. Die Wiener Zeitung veröffentlicht ein Vandschreiben des Kaisers Franz Joseph an Baron Gezecky, das denselben unter dankender Anerkennung seiner in selbstloser Hingebung geleisteten Dienste die auf eigene Bitte erfolgte Enthebung von dem Posten als General-Intendant der Hoftheater bekannt gibt. Geheimrat Baron Klappert ist interimistisch mit der Führung der Geschäfte des General-Intendanten betraut worden.

Am 1. November 1894 wurde er zum Bürgermeister in Uskar gewählt. Hier übte er auch die Praxis als Rechtsanwalt aus. In dieser seiner letzteren Eigenschaft soll er eine große Anzahl ihm von seinen Klienten anvertrauter Gelder unterschlagen haben. Am 3. Oktober 1896 wurde er zum Bürgermeister in Torgau gewählt. Hier bezog er, neben freier Wohnung, ein Jahresgehalt von 5000 Mk. Dies reichte jedoch bei weitem zur Bestreitung seines Unterhaltes nicht aus. Ueberdies drängten seine Klienten auf Rückzahlung der Gelder und drohten widrigenfalls mit Anzeige. Die städtische Sparkasse zu Torgau hatte bei der Bank für Handel und Gewerbe in Berlin ein Guthaben von 100000 Mk. Er schrieb an diese Bank einen eingeschriebenen Brief und unterzeichnete ihn: „Der Magistrat, gez. Girth.“ In diesem Briefe ersuchte er die Bank für Handel und Gewerbe um Uebersendung von 50000 Mk. und bat, die Abhebung des Geldes vorher anzudeuten. Die Bank nahm keinen Anstand, das Geld abzusenden, zumal das von Girth abgegebene Schreiben den Magistratsstempel der Stadt Torgau trug. Obwohl das Geld „an den Magistrat zu Torgau“ adressiert war, wußte es Girth in seine Hände zu bekommen und zwar so, daß niemand etwas davon merkte. Die Bank verlangte eine Empfangsbekätigung, die zwei Unterschriften tragen mußte. Dieses Schreiben wußte Girth unbemerkt beiseite zu schaffen. Als die Bank ihre Aufforderung wiederholte, kam die Sache zur Kenntnis der anderen Magistratsmitglieder. Girth hatte, um seine Manipulation zu verdecken, mehrere amtliche Schriftstücke beiseite geschafft und die dringendsten Gläubiger zum Teil beschwiegen. Als er erfuhr, daß gegen ihn Anzeige erstattet war, floh er mit seiner Frau nach der Schweiz. Dort wurde er jedoch am 10. August 1897 gefaßt und ausgeliefert. Girth, der auch Sekondlieutenant der Landwehr ist, hat sich wegen Untreue, Amtsunterschlagung und Befolgung amtlicher Urkunden vor einmündigen bezichtigten Gerichtshofe zu verantworten. Neben ihm nimmt seine Frau auf der Anklagebank Platz. Bei dieser wurden etwa 22000 Mk. gefunden, als die Verhaftung Girths erfolgte. Frau Girth ist daher der Begünstigung und Fehlerlei angeklagt.

Verteidiger Girths ist Rechtsanwalt Seckel-Whittingen, Vertreter der Frau Girth Rechtsanwalt Dr. Markwisch-Berlin. Ersterer wird aus der Untersuchungshaft vorgeführt, letztere, eine junge hübsche Frau, erscheint in Begleitung ihres Bruders, eines Gerichtsassessors aus Magdeburg.

Nach dem Eröffnungsbeschlusse werden angeklagt: 1. der Bürgermeister Girth, 2. zu Uskar in den Jahren 1895 und 1896 als Bevollmächtigter der konsolidierten Söllinger Braunkohlewerte zu Wolprichhausen 778 Mk., b) ebenfalls als Konkursverwalter über das Vermögen des Tischlermeisters Hellwig zu Uskar ca. 1028 Mk., c) ebenfalls als Konkursverwalter über das Vermögen des Mühlenerbesitzer Philipp zu Wollensen ca. 4884 Mk., d) ebenfalls als Vermögensverwalter der Adels Fischer zu Wobenselbe ca. 800 Mk., e) als Vermögensverwalter des Kaufmanns G. Decken zu Lippoldsberg ca. 400 Mk., f) als Bevollmächtigter der Erben des Friedr. Müller zu Wobenselbe 4000 Mk. und g) als Bevollmächtigter derselben ca. 4500 Mk. unterschlagen zu haben. Ferner wird er angeklagt: 1. zu Torgau als Beamter den Betrag von 50000 Mk., die er in amtlicher Eigenschaft empfangen, sich rechtswidrig zugeeignet zu haben, 2. durch drei weitere selbständige Handlungen in Torgau amtliche Urkunden vernichtet zu haben.

Die Angeklagte Frau Girth wird beschuldigt: zu Frankfurt a. M. am 6. August 1897 10000 Mk., von denen sie wußte, oder den Umständen nach annehmen mußte, daß sie mittels einer strafbaren Handlung erlangt waren, verheimlicht zu haben, indem sie den Besitz dieser Summe, welche sie unter ihren Kleidern auf der Brust trug, dem mit der Durchsuchung beauftragten Polizeikommissar gegenüber ablegnete. Dadurch hat sie sich, ebenso wie in der Torgauer Angelegenheit, der Fehlerlei schuldig gemacht.

Bei seiner Vernehmung bemerkt Girth, er habe bereits zu den Akten Bescheid wegen seiner Auslieferung erhoben und wiederholt diesen Protest, da er der Ansicht ist, daß man ihn unter offenkundiger Verletzung der Bestimmungen des deutsch-schweizerischen Auslieferungsvertrages verhaftet habe und stellt deshalb den Antrag auf Einstellung des Verfahrens. Aus den wegen der Auslieferung gepflogenen diplomatischen Verhandlungen ergibt sich, daß die schweizerische Regierung die Auslieferung ohne jede Bedingung genehmigt hat. Darauf wird der Antrag Girth abgelehnt.

In der nun folgenden Vernehmung giebt Girth die einzelnen ihm zur Last gelegten Unterschlagungen ein. Er sei nicht in die Lage gekommen, diese Gelder rechtzeitig zurückzugeben, weil er zur Zeit mit der Reichstagswahl zu sehr beschäftigt war. Der Präsident verliest einige Briefe an die Müllerischen Erben, in denen Girth seine Beschäftigung als konservativer Agitator bei der Reichstagswahl als Verdigungsgrund angab. Ebenso giebt Girth zu, daß er in einem mit „Der Magistrat gez. Girth“ unterschriebenen Brief die Bank für Handel und Industrie in Berlin um Uebersendung von 50000 Mk. der hinterlegten städtischen Sparkassengelder ersucht habe. Die verlangte Empfangsbekätigung habe er sofort abgeholt, zwei Tage darauf habe aber die Bank eine Empfangsbekätigung mit zwei Unterschriften verlangt. Alle diese Schreiben habe er beiseite gelassen. Zur Deckung seiner Schulden habe er 5000 Mk. nach Göttingen, 8000 Mk. nach Magdeburg geschickt und außerdem 2000 Mk. Spielschulden bezahlt. Da die 50000 Mk. erst am 1. Jan. 1898 fällig waren, so glaubte er, bis dahin die Sache regeln zu können. Der Präsident macht Girth darauf aufmerksam, daß er wenige Tage nach dem Empfang der 50000 Mk. mit seiner Frau und deren Freundin eine Vergnügungstour nach Berlin gemacht habe. Girth muß zugeben, daß er bei diesem Berliner Aufenthalt bei Dreifl. Unter den Linden gespeist habe. Also in dem teuersten und vornehmsten Restaurant. Als er aus Berlin zurückkam, sei er aufgefordert worden, sich in der Stadtverordneten-Versammlung wegen Unterschlagung von Geldern zu verantworten. Die Unterschlagung der 50000 Mk. sei damals noch nicht bekannt gewesen. Er habe in der Torgauer Stadtverordneten-Versammlung die Versicherung abgegeben, daß er städtische Gelder in Uskar nicht unterschlagen habe. Inzwischen sei ihm vom Landrat der Rat gegeben worden, Urlaub zu nehmen.

Präsident: Sie schrieben nun kurz, nachdem Sie die 50000 Mk. unterschlagen hatten, an Ihren Bruder: „Ich werde im September mit meiner Frau nach dem Rhein gondeln.“ Angeklagter: Ich hatte schon lange vorher die Absicht, zu dem im September stattfindenden internationalen Kongreß für Arbeiter nach Brüssel zu reisen. Wir fuhrten nun zunächst zu einem Bruder nach Marburg. Unterwegs überlegte ich mir aber, die Sache könnte doch ruhbar werden. Ich beschloß daher ins Ausland zu gehen und mir dort das Leben zu nehmen. Ich wollte dies deshalb im Ausland thun, da ich bei der Gothaer Lebensversicherungsgesellschaft, bei der Unfallversicherungs-Gesellschaft Wilhelma, bei dem Beamtenverein u. versichert war. Ich wollte also meiner Frau die Versicherungsgelder und auch die Witwen-Pension von Torgau retten. Präsident: Dadurch hätten Sie doch aber die Versicherungsgesellschaften betrogen? Angeklagter: Allerdings. Daß er seiner Frau vor der Abreise ein Päckchen mit Geld zur Aufbewahrung übergeben habe, sei richtig. Seine Frau habe nicht gemerkt, wieviel in dem Päckchen war, er habe seiner Frau unterwegs das Päckchen wieder abgenommen. Als er verhaftet wurde, habe er seiner Frau ein Päckchen mit 10000 Mark zugesandt. Auf einer Bootsfahrt auf dem Genfer See habe er die Schreiden, die er von der Bank für Handel und Industrie in Berlin erhalten hatte, gerissen und in den See geworfen. Als er in der Schweiz in Haft saß, habe ihm seine Frau mitgeteilt, daß sie wegen eines von ihr unterschriebenen Wechsels über 1500 Mark verhaftet werde. Er habe deshalb bei seinem Transport nach Deutschland, vier Stationen hinter Basel, unbemerkt 2000 Mark verpackt und an einen Freund Namens Meyer in Uskar adressiert. Dies Päckchen, in das er den Schein legte:

„Der ehrliche Funder wird gebeten, das Päckchen an die angegebene Adresse zu senden,“ habe er während der Fahrt aus dem Fenster geworfen.

Frau Girth bestreitet bei ihrer Vernehmung mit großer Entschiedenheit, daß sie von den Straftaten ihres Mannes gewußt habe. Beigeordneter Stadthagen (Torgau): Eines Tages habe der Landrat ihm mitgeteilt, daß gegen Bürgermeister Girth in Göttingen ein Strafverfahren schwebte. Er habe sofort die Magistratsmitglieder zusammengerufen und den Bürgermeister ersucht, in dieser Zusammenkunft zu erscheinen. Der Angeklagte habe sofort die Versicherung abgegeben, daß weder Torgauer noch Usarer Stadtgelder an seinen Händen lägen. In Torgau habe das Schicksal des Angeklagten allgemeines Bedauern erregt. Torgau besahe den Verlust eines sehr tüchtigen Bürgermeisters. Auf Befragen des Vertheidigers befand der Zeuge noch: Der Angeklagte sei bei der letzten Reichstagswahl in Torgau in sehr hervorragender Weise für die konservative Partei thätig gewesen, diese Thätigkeit habe sehr böses Blut gemacht.

Zeuge Walter Ernst Meyer (Brandenburg a. S.) bekundet: Er sei mit dem Angeklagten gemeinschaftlich Mitglied des christlichen Arbeitervereins in Magdeburg und auch mit ihm befreundet gewesen. Eines Tages habe er aus der Schweiz eine Korrespondenzkarte von dem Angeklagten erhalten, die folgenden Wortlaut hat: „Sie werden in den nächsten Tagen einen unfrankierten Brief erhalten. Ich bitte Sie herzlich und dringend, denselben anzunehmen. Das Porto wird Ihnen vergütet werden. Ihr ergebener Girth.“ Der Angeklagte bemerkt: Er habe einige Tage, ehe er das erwähnte Paket mit den 2000 Mk. aus dem Zuge geworfen, in derselben Weise die Karte bei einem Straßenübergang aus dem Zuge befördert. Er hatte damals bereits die Absicht, die 2000 Mk. aus dem Fenster, behufs Beförderung an den Zeugen Ernst Meyer, zu werfen und habe daher den Zeugen in Kenntnis setzen wollen.

Die Verhandlung wird hierauf vertagt. In der heutigen Verhandlung wurde der Prozeß zu Ende geführt und das Urteil gesprochen. Das Schwurgericht verurteilte Girth wegen Untreue, Amtsunterschlagung und Befolgung amtlicher Urkunden zu 4 Jahren Zuchthaus, 4 Jahren Ehrverlust und 300 Mk. Geldstrafe. Die Ehefrau des Girth wurde von der Anklage der Begünstigung und Fehlerlei freigesprochen.

Der Zola-Prozeß.

Paris, 17. Februar.

Der Saal ist wieder überfüllt. Advokat Clémenceau beantragt, der Gerichtshof möge anordnen, daß das im Kriegsministerium befindliche Original des Vorderaus beschlagnahmt werde.

Der Präsident erwidert, das sei unmöglich. Clémenceau bringt entsprechende Anträge ein.

Hierauf wird Paul Moriaud nochmals vernommen. Zeuge versichert in Beantwortung der ihm von der Verteidigung gestellten Fragen neuerdings, daß die Schrift des Vorderaus die des Majors Esterhazy sei.

Dieselbe Versicherung giebt Zeuge bezüglich des Briefes ab, worin das Wort Man vorkommt. Ich behaupte nicht nur, sagt Zeuge, daß Esterhazy den Brief geschrieben, sondern ich behaupte auch, daß er ihn nicht noch einmal in derselben graphischen Form schreiben könnte, weil der Brief von Esterhazy in einem ganz besonderen Augenblicke seines Lebens geschrieben worden ist, in einem Augenblicke lebhafter Ueberreizung, in einem Augenblicke, da Esterhazy zweifellos gleichsam wahnsinnig war. Jeder Federzug ist von der Hand Esterhazy, und ich wette darauf, daß kein Sachverständiger mit das Gegenteil beweisen kann.

Dann wird wieder der Schreibfachverständige Couard vernommen; er sagt: Es handelt sich um zwei, voneinander verschiedene Affairen, die erste war anderen Sachverständigen, als mir, anvertraut, ich bin also nicht im stande, zu antworten.

Der nun vernommene Sachverständige Moriaud erklärt, um ein Gutachten abzugeben, bedürfe er des Originalbriefes, denn das vorliegende Schriftstück, das sicherlich falsch sei, sei in dem vom Figaro veröffentlichten Faksimile schlecht reproduziert.

Labori: Wenn, wie wir behaupten, dieser Brief authentisch ist, so müssen Esterhazy und der Generalstab selbst das größte Interesse daran haben, den Beweis zu liefern, daß er von keinem französischen Offizier geschrieben worden ist. Man möge uns das Original dieses Briefes, der in keiner Weise die Landesverteidigung gefährdet, zeigen.

Clémenceau schließt sich den Forderungen seines Kollegen an, der Präsident erwidert aber, er habe darüber bereits entschieden.

General Pellieux wird wieder aufgerufen und von Clémenceau gefragt, ob es nach seiner Meinung nicht im Interesse der Armee liege, Aufklärung darüber zu schaffen, ob — ja oder nein — Esterhazy den Manenbrief geschrieben habe.

Pellieux: Ich bin durchaus der Ansicht der Verteidiger. Es giebt nicht einen Offizier, der darüber anders denken könnte, als ich, obgleich das Schriftstück in keiner Beziehung zur Dreifus-Angelegenheit steht.

Labori: Nein! Das Schriftstück ist aber ein beachtenswertes moralisches Element.

Pellieux erzählt darauf, unter welchen Umständen das fragliche Schriftstück in seine Hände gefallen ist. Von Scheurer-Kestner habe er erfahren, daß Frau Boulanich im Besitze für Esterhazy sehr kompromittierender Briefe sei. Ich habe nun, erklärt Pellieux, eine regelrechte Beschlagnahme vornehmen lassen. Die Siegel sind in Gegenwart von Frau Boulanich erbrochen worden; Esterhazy bestritt, der Schreiber des Briefes zu sein. Ich habe den Brief darauf von Sachverständigen untersuchen lassen, die erklärt haben, es liege eine Fälschung vor. Die Sachverständigen haben ihren Bericht schriftlich abgefaßt, der Bericht muß in den Händen des Untersuchungsrichters Verbleib sein.

Labori: Ich hoffe, daß wir dieses Schriftstück bekommen werden.

Präsident: Der Kriegsminister wird um seine Genehmigung ersucht werden; morgen werden Sie die Antwort des Kriegsministers erhalten.

Es folgt die Vernehmung des Professors an der Ecole des Chartes und Mitgliedes des Institut de France, Giry. Er sagt aus, die Echtheit der Handschrift Esterhazy mit dem Vorderaus sei aller Welt aufgefallen.

Wenn auch an der Ecole des Chartes keine Vorlesungen gehalten werden zur Ausbildung von Schreibfachverständigen, so werden die Höglinge doch wenigstens insoweit über die Methode der Schriftführung unterwiesen, um sich gegen einen Tritum schützen zu können. (Die Ecole des Chartes, das heißt wörtlich: Urkundenschule, ist eine Anstalt zur Ausbildung von Archivaren, sie unterrichtet in der Archivkunde und den übrigen

Hilfswissenschaften der Geschichtsforschung, so in der Urkundenlehre, in der Paläographie, das heißt in der Kunde von den verschiedenen Schriftarten des Altertums und des Mittelalters, die zur Entzifferung der alten Urkunden nötig ist. (Red.)

Als Bala zu mir kam, um mich zu ersuchen, vor dem Gerichtshofe auszusagen, was ich gewiß und wahrhaftig von den Schriften dachte, zu deren Prüfung er mich aufforderte, nahm ich diesen Auftrag an. Wir verheißt nicht, daß bei der ersten Prüfung gewisse Einzelheiten ihn etwas verwirrten; die späteren Beobachtungen machten ihn aber vollkommen sicher. Wir giebt eine wissenschaftliche Beschreibung und formuliert sein Gutachten bestimmt dahin, daß die Schrift im Vorderreau eine stichende, natürliche, keine verstellte ist, daß darin keine Abweichungen vorkommen, daß es also nicht, wie man behauptet hat, eine Fälschung ist.

Bala einfallend: Und vierzig sehr hervorragende Persönlichkeiten teilten diese Ueberzeugung. Wenn wir sie für den Augenblick nicht hierher citieren haben, so geschah es, um dem Gerichtshof und den Geschworenen nicht zuviel zuzumuten.

Wir fährt fort: Ich will nicht behaupten, daß Esterhazy das Vorderreau geschrieben hat, denn ich habe meine Untersuchung nicht am Original angestellt; aber ich habe die moralische Ueberzeugung, ohne jedoch zu absoluter Sicherheit gelangt zu sein. Die Schrift Esterhazys ist im wesentlichen eine charakteristische, sie enthält eine Anzahl ganz besonderer Eigenheiten.

Dr. Horicourt, Direktor der Revue Scientifique (Wissenschaftliche Rundschau), der die Schriften geprüft hat, kommt dazu, daß die Schrift im Vorderreau die Schrift Esterhazys ist. Die Identität sei eine vollständige.

Nachdem Zeuge Horicourt seine Aussage beendet hat, sagt der Präsident: Man lasse den Oberst Picquart kommen. (Anhaltende Bewegung.)

Oberst Picquart tritt vor.

Anwalt Labori fragt den Zeugen: Haben Sie die gestrigen Verhandlungen in extenso (ausführlich) gelesen?

Zeuge: Jawohl.

Labori: Wollen Sie uns danach sagen, was Sie über die Wichtigkeit der in dem Vorderreau bezeichneten Schriftstücke denken?

Picquart: Ich würde hierüber nicht sprechen, wenn nicht schon vor mir General Pellieux darüber gesprochen hätte; ich werde aber, da wir vor der Justiz stehen, in deren Interesse reden; doch bitte ich inständig, daß man das, was ich sagen werde, nicht falsch auslege. Nun wohl, was die Frage dieses Vorderreaus betrifft, so glaube ich genügend qualifiziert zu sein, um Ihnen meine Meinung über die Tragweite der darin erwähnten Dinge zu geben. (Bewegung.) Ich glaube so leicht sagen zu können, daß man die Wichtigkeit der darin angeführten Thatsachen übertrieben hat.

Picquart geht hierauf den Inhalt des Vorderreaus durch und sagt: Es fragt sich, ob Esterhazy diese Auskünfte haben konnte?

Präsident: Das ist die Frage, um die es sich handelt.

Picquart: Jawohl! Esterhazy hat sich zweimal nach den Feuerwerkskugeln und ein drittes Mal auf seine Kisten nach dem Lager von Châlons begeben. Ich habe Erkundigungen über Esterhazy eingezogen; dabei sagte mir ein Offizier: Esterhazy fragte mich eines Tages, ob mir etwas über die Mobilisation der Artillerie bekannt sei. Was wollte er? Nachsichtigen einzichen?

Ich sage nicht, fährt Picquart fort, daß Esterhazy das Vorderreau angefertigt hat; das weiß ich nicht; aber ich sage nur, daß er es hat anfertigen können, da er über die darin enthaltenen Notizen genügend unterrichtet gewesen ist.

Picquart setzt hinzu, er sei bereit, bezüglich der Grenzdeckungsgruppen Erklärungen abzugeben, er müsse aber hierzu vom Gerichtshofe für einige Minuten den Ausschluß der Öffentlichkeit erbitten.

Präsident: Wir wollen gleich sehen; fahren Sie zunächst fort.

Picquart: Jemand sagte mir, daß Esterhazy immer bei sich zu Hause Dokumente abschreiben ließ; dazu war er Major und hatte einen Sekretär zur Seite. Indessen, fährt Picquart fort, habe ich bis zum letzten Augenblick die Hoffnung gehegt, in dem Vorderreau etwas zu finden, was mir bewiese, daß Esterhazy der Urheber des Vorderreaus sei. Diese Hoffnung hatte ich, als ich die Bemerkung darin sah: Ich reise jetzt zu den Manövern ab. Ich frug mich: Wie war es möglich, daß ein Major im Frühjahr zu den Manövern abreisen konnte? Gewöhnlich sind es zu dieser Zeit nur die Bataillonschefs und nicht die Majore, die sich zum Manöver begeben. Ich verschaffte mir nun den Rapport des 74. Regiments vom Jahre 1894 und da war in dem betreffenden Zeitraum eingetragen, daß Esterhazy an den Manövern teilnehmen werde. (Bewegung.) Nach weiterer Analyse des Inhalts des Vorderreaus schließt Picquart mit der Behauptung, daß Esterhazy infolge der Schritte, die er in diesem Sinne unternommen hatte, im Stande war, die in dem Vorderreau angeführten Thatsachen zu kennen.

Hierauf erhält der General Pellieux das Wort zur Erwiderung.

General Pellieux fährt aus, er habe über das, was er mit Bezug auf das Vorderreau bereits gesagt habe, keine weiteren Bemerkungen zu machen. Die Geschworenen, sagt er, werden zwischen meiner Aussage und derjenigen des Obersten Picquart die Entscheidung zu treffen wissen. Ueberdies würde ein Generalstabsoffizier, z. B. General Gouze, besser als ich sich über die Tragweite der in dem Vorderreau erwähnten Nachrichten und Auskünfte aussprechen können. Was ich sagen kann, ist, daß die Schriftstücke geliefert worden sind und daß es nicht Esterhazy ist, der sie geliefert hat.

General Gouze seinerseits erklärt, daß die Dremse des 120 Millimeter-Geschützes eine außerordentlich geheime technische Angelegenheit sei, die nur Artillerieoffizieren bekannt sein könnte, und sagt: Ich erkläre für meinen Teil, daß ich dieses Geschütz nicht kenne und es niemals gesehen habe. (Bewegung.) Was den Plan bezüglich der mit der Deckung der Grenze beauftragten Truppen betrifft, so ist auch dieser Plan Gegenstand einer geheimen Aufzeichnung, und ein Generalstabsoffizier allein konnte die daran vorgenommenen Veränderungen kennen. Das geheime Schriftstück über Madagaskar wurde im August 1894 für den Minister hergestellt; auch dieses war ganz außerordentlich geheim. Was schließlich die neue Artilleriegeschützvorrichtung angeht, so scheint es, daß diese auch ein Artillerieoffizier kennen konnte.

Was die Offiziere und Unteroffiziere betrifft, die Oberst Picquart in Versailles ausgefragt hat, so weiß ich, daß die von ihnen erlangten Auskünfte negative waren; der Oberst hat es mir gesagt.

Oberst Picquart bemerkt hierauf: Ich habe nicht die Offiziere ausgefragt, sondern nur einen Offizier und nicht mehr.

Nunmehr entspinnt sich eine Debatte über den Zeitpunkt, an dem das Vorderreau geschrieben sein soll. Während Picquart behauptet, daß man in der zweiten Abteilung des Generalstabes kein Interesse hat, daß es vom April stamme, erklärt General Gouze, daß es vom August stammen müsse.

Advokat Labori weist hier darauf hin, daß in der Anklageschrift gegen Dreyfus der Zeitpunkt April als Beweisgrund gegen den Verurteilten von der Zeufelsinsel vorkomme. (Bewegung.)

Picquart sagt weiter aus: Die Erklärungen, die Ihnen soeben Gouze gegeben hat, enthielten gerade dasjenige, um dessentwegen ich den Ausschluß der Öffentlichkeit verlangt hatte. Ich habe also nichts mehr hinzuzufügen.

Labori fragt Oberst Picquart, ob er vom Kriegsminister dazu bestimmt war, den Verhandlungen im Prozesse Dreyfus zu folgen. Picquart erwidert, er könne darauf nicht antworten.

Gouze, ebenfalls befragt, erklärt, er habe über die Affaire Dreyfus nicht zu sprechen.

Labori repliziert: Nun wohl! Wenn dies nicht der Fall war, mügen der General oder der Oberst meine Behauptung widerlegen. (Schweigen auf beiden Seiten.)

Eine lange Erörterung knüpft sich hierauf an die Frage, ob es für einen Infanterieoffizier möglich sei, von den im Vorderreau enthaltenen Notizen Kenntnis zu haben. Nach General Gouzes Ansicht könne dies nur bei einem zum Generalstab kommandierten Offizier der Fall sein, der bereits die zweite, dritte oder vierte Abteilung passiert habe. Picquart erwidert, daß, wenn dem so sei, ein kommandierter Offizier viel wichtigere Auskünfte gegeben haben würde, als die im Vorderreau, namentlich würde er das haben sagen können, was wir über die fremden Armeen wissen.

Hierauf wird die Sitzung unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung sagt General Pellieux: Ich bitte ums Wort. (Sensation.) Er tritt entschlossen an die Schranke vor und sagt: Bis jetzt haben wir uns innerhalb der Beschränktheit gehalten; da aber die Verteidigung von den Stellen in dem Bericht des Majors d'Ormeschoville gesprochen hat, so werde ich die so typischen Worte des Obersten Henry wiederholen: Man will Nicht; nun zu denn! (Bewegung.) In dem Zeitpunkte der Interpellation Castellan über den Fall Dreyfus hatte man in dem Kriegsministerium den absoluten Beweis von der Schuld des Hauptmanns Dreyfus. Diesen Beweis habe ich gesehen.

Damals ging uns auf dem Ministerium ein Papier zu, ich habe es gesehen, dessen Ursprung nicht angezweifelt werden kann. Es ist eine mit einem Dednamen unterzeichnete Note, worin es heißt: „Es wird eine Interpellation über die Affaire Dreyfus geben. Sprechen Sie niemals von den Beziehungen, die wir zu diesem Juden gehabt!“

Bei dieser Note befand sich eine Visitenkarte einer bekannten Persönlichkeit (russische Volkshaf?), die auf der Rückseite die Mitteilung eines Mendezvons trug, in der der gleiche Dedname wie auf der Note vorkam. Ich erkläre, daß diese Thatsachen wahr sind, und General Boisdeffre wird bereit sein, sie zu bestätigen.

Advokat Labori sagt: Das ist eine absolut neue Thatsache, die in die Verhandlung geworfen wurde.

General Pellieux verweist: Sie haben doch den Bericht des Kommandanten d'Ormeschoville gelesen, über den unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt wurde!

Labori: Das ist kein Schriftstück, das einen Wert hätte und einen Beweis bildete, so lange es nicht zur Verhandlung gezogen worden ist.

Er fährt fort: Ein erstes geheimes Aktenstück hat die Verurteilung Dreyfus herbeigeführt, ohne daß darüber verhandelt worden ist und ohne daß es von dem Angeklagten und seinem Verteidiger gekannt war. Es existiert aber jetzt ein zweites geheimes Aktenstück, warum sollte man es nicht zur Verhandlung bringen? Die Aufregung des Landes wächst und wird dauernd, und wir haben das Recht, volles Licht zu verlangen, und was man auch sagen mag, die Revision des Dreyfusprozesses wird sich nunmehr aufdrängen. (Lärm und Beifall.)

Labori fährt fort: Man zeige uns dieses Schriftstück, und wenn Dreyfus schuldig ist, werden wir uns beugen und alle werden wir unsere Arbeiten des Friedens oder des Krieges, Herr General, wieder aufnehmen, den man mit Offizieren wie Sie nicht zu fürchten braucht. (Beifall.) Also möge sich General Pellieux ohne Rückhalt aussprechen und man möge uns das Schriftstück hierherbringen.

Hierauf nimmt General Gouze das Wort und sagt: Ich billige vollkommen die Worte des Generals Pellieux, aber ich glaube nicht, daß man die Schriftstücke, um die es sich handelt, hierherbringen kann.

Darauf Pellieux: Man hat von einem dem Kriegsgerichte heimlich mitgeteilten Schriftstücke gesprochen, aber man hat den Beweis dafür nicht erbracht. Nun wohl, ich bitte, sich an die Neußerungen des Obersten Henry zu erinnern, der erklärt hat, daß die Schriftstücke verjagt worden sind. Ich beantrage, daß man den General Boisdeffre vernehme, und er giebt einem Hauptmann Befehl, sofort General Boisdeffre herbeizuholen. (Sensation.)

Der Präsident sagt nunmehr: Man lasse den Major Esterhazy kommen! (Bewegung.)

Hier fällt Verteidiger Labori ein: O nein! Nicht ehe General Boisdeffre vernommen ist. Der Zwischenfall ist zu wichtig, als daß die Verhandlung fortgesetzt werden könnte, ohne daß er erledigt ist. Ich werde einen Antrag um Aufschub einbringen.

Nun zieht sich Esterhazy, der sich bereits äußerst kühnen Antlitzes zur Schranke vorbeugt hatte, wieder zurück. Die Sitzung wird unter sehr lebhafter Erregung im Saale unterbrochen, während dessen formuliert Labori seinen Antrag.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird mitgeteilt, daß General Boisdeffre nicht angetroffen wurde und der Präsident verlagte daher die Verhandlung auf morgen. Das Publikum zieht sich in ersichtlicher Betroffenheit, unter leidenschaftlicher Erörterung der Vorgänge und in lebhafter Erregung langsam zurück.

Während der Pause in der heutigen Verhandlung des Zola-Prozesses, in der auf das Erscheinen des Generals Boisdeffre gewartet wurde, erreichte die Erregung im Saale ihren Höhepunkt. Es wurde mit Leidenschaft und mit Erbitterung über die Vorgänge des heutigen Tages debattiert. Viele äußerten, der Weg, den man jetzt betrete, sei ein äußerst ernster und dies gaben auch viele höhere Offiziere als ihre Meinung zu erkennen, die unverhüllt ihr Bedauern aussprachen, daß, um die Verteidi-

gung der Ehre des Heeres zu erreichen, General Pellieux veranlaßt gewesen sei, eine so ernste Erklärung abzugeben.

General Pellieux wurde beim Verlassen des Gerichtsgebäudes mit Hochrufen begrüßt. Die Abfahrt Zolas ging unbedeutend vor sich. Die Polizei hatte strenge Vorkehrungen getroffen.

### Soziale Rundschau.

In der Wagenerischen Spinnerei in Rauhof haben, nach einer Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus, die Fleyerermädchen die Arbeit eingestellt, wodurch der Betrieb zum Stillstand kam.

g. Zwickau, 17. Februar. In der Porzellanfabrik von Kästner u. Co. in Oberhaindorf sind Differenzen zwischen den Malern und der Fabrikleitung ausgebrochen, weil gestern früh zwei Betriebsamtlingslieder gemahregelt worden sind. Die Organisierten drohen mit Ausstand, wenn die Gemahregelten nicht wieder aufgenommen werden.

Das Grubenunglück auf der Zeche „Vereinigte Karolinen-Grube“ ereignete sich nach den neuesten Ermittlungen am 17. Febr. früh gegen 7 Uhr. Bis 6 1/2 Uhr abends waren 53 Tote zu Tage gefördert. Fünf Bergleute werden noch vermisst. Die Zahl der Verwundeten beläuft sich auf etwa 40, von denen viele hoffnungslos dankeberliegen. In der dritten nördlichen Abteilung der fünften Sohle liegen noch 80 Personen, in den anderen Abteilungen gleichfalls eine größere Anzahl Vermisster. Außerdem können mehrere Schwerverletzte ärztlicher Hülfe wegen vorerst noch nicht geborgen werden. Die Gesamtzahl der Verunglückten läßt sich noch nicht bestimmen. In letzter Stunde trifft folgende Nachricht ein: Bis heute (18. Februar) früh sind, wie der „Märkische Sprecher“ meldet, 74 Tote zu Tage gefördert. In den Krankenhäusern liegen 48 Verletzte, von denen bisher 2 gestorben sind. Man vermutet, daß sich noch 80 Leute in der Grube befinden.

### Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

r. Die Vermögenssteuer sollte, wie vor einigen Tagen in der Presse berichtet wurde, von der betreffenden Deputation der Zweiten Kammer schon abgelehnt sein. Diese Mitteilung ist, wie jetzt bestimmt versichert worden ist, nicht zutreffend. Wie aber nun eigentlich das Schicksal dieses „Mückengates“ der ganzen Steuerreform sich gestalten wird, davon verlautet noch nichts.

g. Zwickau, 17. Februar. Ein Skandalprozeß wurde gestern von früh 10 Uhr bis abends 8 Uhr vor der zweiten Strafkammer des hiesigen Landgerichts unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Hauptangeklagte war die 61 Jahre alte Fingerringarbeiterin Frau H. Winkler geb. Herold aus Marienthal, die einer ganzen Anzahl Marienthaler Frauen, die teils als Angestellte, teils als Zeugen im Gerichtsfoale erschienen, sehr teure „Medizin“ pro Flaschen 10 Mk. verkauft hatte, wodurch sie sich des Verbrechens gegen das kaimende Leben, des Verwuchers, der Anstiftung und Beihilfe hierzu (§ 218, 48, 49 des Strafgesetzbuchs) nebst anderen sieben angeklagten Frauen, die minder belastet erschienen, schuldig gemacht hat. Der Hauptangeklagten, deren Mittel in vielen Fällen wohl nicht den beabsichtigten Zweck erreicht hat, wurden wie allen Mithschuldigen mildernde Umstände zugebilligt. Sie erhielt 3 Jahre Gefängnis zudiktirt, die anderen Angeklagten Gefängnis von vier Monaten bis auf sechs Wochen herab. Die Winkler war eine Hauptstütze des evangelischen Arbeitervereins. Noch kurze Zeit vor ihrer Inhaftierung sammelte sie unter ihren „frommen Mithschwwestern“ für ein Wandelier zur Vereinsfohne. Mit welcher Wehmut werden jetzt die „Evangelischen“ dieses Ehrenzeichen der braven Frau betrachten!

Gestern abend nach 6 Uhr brach am Dörfel der Kasernenruine, an die seit dem Brande am 20. April v. J. noch keine Hand zur Niederlegung gelegt worden ist, ein ungefähres sechs Fenster breites Stück des vier Stock hohen Mauerwerkes bis auf den Grund zusammen und zerstückte das Dach einer Baracke, in dem das Regiment jetzt untergebracht ist. Ein Teil des Schlafraumes wurde demoliert, so daß das beschädigte Gebäude heute geräumt werden mußte. Wenn der Einsturz einige Stunden später passierte, wo der Schlafsaal belegt war, hätte auch ein größeres Unglück geschehen können. Die Passage an den Ruinen entlang ist heute vollständig gesperrt worden. Verdroht ist aber noch der obere Teil der Baracken, sowie einige Privathäuser an der Kasernen- und der Werdauer Straße. Jedenfalls wird nun bald an den Abbruch des ausgebrannten Mauerwerkes gegangen werden müssen, wenn nicht Wind und Regen noch größere Zerstörungen und Unglücksfälle anrichten sollen.

Neue Mitteilungen aus dem Lande. Das weiße Lederzeug, dessen Einführung beim sächsischen Militär wir kürzlich erwähnten, soll zunächst bei den drei Bataillonen des Leibgrenadiersregiments Nr. 100 in Anwendung kommen. Der Umstand, daß das Leibregiment in Frage kommt, beweist, daß es sich um einen Luxus handelt, der für die Baracken ganz hüßlich, sonst aber höchst überflüssig ist. — In Großenhain wurde eine Handelschule für Mädchen errichtet; sie steht unter Leitung der seit Jahren wirkenden Handelschule und bildet den erweiterten Ausbau eines früher bestandenen privaten Unternehmers, das infolge Ablebens seines Leiters eingegangen ist. Die Handelschule für Mädchen will ihren Schülern nicht nur die für den kaufmännischen Beruf erforderliche Vorbildung geben, sondern ihnen zugleich Ertrag für den Besuch einer höheren Mädchenschule bieten. — Im Amtsgerichtsgefängnis zu Plauen i. V. befinden sich in dieser Woche 188 Gefangene; eine Zahl, wie sie bisher noch nicht erreicht worden ist.

### Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

m. Wurzen. Eine recht kräftige Erfahrung mußten die hiesig-dunderschen Gewerksvereiner hier am vergangenen Sonntag abtun machen. Einige Schlosser, an der Spitze ein Maschinenzeichner, aus der Eisengießerei des Herrn Stadtrat W. Schülz hier hatten es nämlich für notwendig befunden, Propaganda für die Gewerksvereiner der Harmoniearbeiter zu machen. Zu diesem Zwecke hatte der Zeichner eine öffentliche Versammlung einberufen, die am Sonntag abend 8 Uhr im Tagungsloale des evangelischen Jünglingsvereins, den der hiesige Archidiakonus Wäsche, ein Sozialistenfreffer erster Güte, leitet, der Herberge zur Heimat stattfand. In aller Ruhe und Stille war tüchtig agitiert worden. Leider, zum größten Erstaunen der Agitatoren, waren aber nur organisierte Arbeiter erschienen. Die Veranstalter dieser Agitation, noch nur ihrer vier, wußten in ihrer Hölleangst nicht, was sie eigentlich aufangen sollten. Nachdem sie eine volle halbe Stunde konfertiert hatten, erhob sich endlich der Maschinenzeichner als Einberufer und gab die Erklärung ab, die Versammlung könnte nicht stattfinden, es seien zu wenige Interessenten da. Hierauf meldete sich ein Metallarbeiter zum Wort, verlangte, daß die Versammlung stattfinden, da dieselbe gut besucht sei und schlug gleichzeitig ein Bureau vor. Der als Referent höchst wahrscheinlich aus Leipzig eingetroffene Harmoniearbeiter teilte nun mit, daß es keine öffentliche Versammlung sei. Sie richteten

sich nicht nach dem Vereinsgesetz, sondern nach der Geschäftsordnung ihres Gewerkschafts, deshalb machen sie was sie wollen. Trotzdem darauf hingewiesen wurde, daß polizeilich überwachte Versammlungen unter dem Vereinsgesetz ständen, schickte den Harmoniebüchern die Courage und so zogen sie es vor, ihre Weisheit für sich zu behalten. Mit einer Mahnung an alle vier, sich dem deutschen Metallarbeiterverbande anzuschließen und dort einmal gründlich das Vereinsgesetz zu studieren, verließen die Versammelten den Saal.

**Diesig.** Am vorigen Dienstag fand hier eine Versammlung des Gewerkschaftsartikels statt, mit der Tagesordnung: 1. Nutzen eines Gewerkschafts. 2. Die Gewerkschaften und die Arbeitslosen-Unterstützung. 3. Die Entlassung des Genossen John aus dem Arbeitsverhältnisse. Beim 1. und 2. Punkt entspinnt sich eine längere Debatte und wird beschlossen, die beiden Punkte nochmals auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Beim 3. Punkte schilderte Genosse John ausführlich die Zustände und Verhältnisse der Werkstätte, in der er zirka 6 Jahre lang beschäftigt und am 21. Januar plötzlich entlassen worden sei. Aus der Schilderung geht hervor, daß die Werkstätte an sich ganz gut ist, nur unter der Leitung des gegenwärtigen Werkführers sind Mißstände und Nachteile für die Arbeiter zu Tage getreten. Nach längerer Debatte wird beschlossen, folgendes zu veröffentlichen: „Öffentliche Erklärung: Ein anonymes Brief des Tischlers John an die Firma Bärn gegen den Werkführer Ludwig daselbst einerseits, und die entsetzte Wiedergabe des Inhalts des Briefes seitens Ludwig andererseits, haben in letzter Zeit Anlaß zu Gerüchten gegen John gegeben. Infolgedessen sah sich das hiesige Gewerkschaftskartell veranlaßt, diese Angelegenheit einer genauen Prüfung zu unterwerfen und kam nach dem gehörten Sachverhalte zu folgenden Beschlüssen und Urteilen: 1. Die Kampfesweise des Genossen John gegen Ludwig wird als Fall der Notwehr betrachtet und als im eigenen Interesse des Werkführers sowie der Firma selbst liegend ausnahmsweise gutgeheißen und muß hauptsächlich für die dort beschäftigten Arbeiter als vordienlich bezeichnet werden. 2. Die Behandlungsweise des Ludwig, gegenüber seinen Unterstellten und das Vorgehen desselben gegen diese ist entschieden zu mißbilligen. 3. Kann die Entlassung Johns nicht als einfache Entlassung angesehen werden, sondern muß als Maßregelung betrachtet werden. Das Gewerkschaftskartell.“

**Weimar, 17. Februar.** Wir hatten mitgeteilt, daß das weimarische Kirchenregiment die Geistlichen des Jenaer Wahlkreises vor einer Agitation für den nationalsozialistischen Kandidaten gewarnt hat. Jetzt schreibt die offizielle weimarische Zeitung über diesen Kirchenregimentlichen Erlaß folgendes:

Wie wir erfahren, enthält diese, übrigens nicht an jene Geistlichen, sondern an alle Superintendenten erlassene Verfügung keineswegs die Behauptung, daß die Vertreter der Naumannschen Richtung in bewusster Absicht dem Staate und der Kirche feindselig gegenüberstehen, sondern es ist nur darauf hingewiesen, daß durch die Grundzüge der nationalsozialistischen Partei, die in ihren Zielen der Sozialdemokratie sich nähert, die Interessen von Staat und Kirche objektiv gefährdet sind. Daran reiht sich die schon wiederholt ausgesprochene Mahnung, daß die Geistlichen von politischer Agitation sich überhaupt fernhalten sollen.

Welch eine schwächliche Abkennung einer Censurmaßregel!

### Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. Februar.

**Achtung, Töpfer!** Auf die unter dieser Spitzmarke erscheinende Notiz in der gestrigen Nummer der Leipziger Volkszeitung teilt uns Herr R. Meppel in Mödern mit, daß von einer in seinem Geschäft vorgekommenen Maßregelung nicht die Rede sein könne. Die Entlassung der betr. Töpfer erfolgte vielmehr wegen willkürlichen Nichterscheinens der Arbeit.

Die Organisationsleiter der Töpfer dürften gut thun, sich mit diesem Vorkommnis eingehender zu beschäftigen.

**Achtung, Studenten!** Die Sperre über die Firma F. Jung, Vindena, ist aufgehoben, nachdem dort unser Lohnzettel bewilligt worden ist. Ueber die Firma C. Ebert, Zeiger Straße 6, bleibt nach wie vor die Sperre bestehen.

**Das Wagenrevisionspersonal der sächsischen Staatsbahn.** Dem Bedruf der Eisenbahner entnehmen wir folgende Schilderung:

Das verhältnismäßig so wenig Betriebsunfälle durch Radreifen- und Achsbrüche, verbogene Achsen und verbogene Näder auf den Achsen entstehen, verdankt man hauptsächlich dem geübten Auge und der großen Aufmerksamkeit des Wagenrevisionspersonals. Außerdem sind sie für gute Revision der Güterzüge allein verantwortlich, und durch die von ihm dem Betriebe entzogenen beschädigten Wagen werden sämtliche Reparaturwerkstätten mit ihrem Heer von Beamten und Arbeitern beschäftigt. Das Wagenrevisionspersonal hat eine tägliche Dienstbauer von 12-16 Stunden, wöchentlich abwechselnd mit Tag- und Nachtdienst, gehen immer, von neuem die ankommenden und abgehenden Züge revidierend, ihrer verantwortungsvollen, sehr gefährlichen und aufregenden Tätigkeit nach.

Die Anstellungsverhältnisse des Wagenrevisionspersonals liegen nun sehr mäßig. Nach dem neuen Etat giebt es 75 angestellte Revisoren und 115 nichtangestellte Wagennachseher. Die Nichtangestellten haben dieselben Pflichten, denselben Dienst und die gleiche Verantwortung wie die Angestellten.

Wie werden nun die Wagennachseher besoldet gegen die Revisoren? In der Werkstatt verdient ein Handwerker durchschnittlich im Accord bis 4.50 Mk. täglich und als Wagennachseher muß er mit einem Tagelohn von 2.60 Mk. anfangen, die durch eine sogenannte Funktionszulage, die alle Jahre um 10 Pfg. steigen soll, bis zum Höchstbetrage von 3.60 Mk. täglich, aufbehalten wird.

Demnach müßte ein Wagennachseher 10 Jahre warten, ehe er den höchsten Lohn erreicht, und hat dann noch weniger, als er ehemals in der Werkstatt verdient. Auch wird die Unzureichendheit unter dem Wagennachseher von der Maschinen-Oberinspektion selbst geächtet; denn jetzt sind Leute als solche verpöbelnd worden, die einen Anfangslohn von 3.10 Mk. bis 3.40 Mk. haben. Diejenigen, welche 3-10 Jahre als Wagennachseher im Dienste sind, haben diesen Lohnsatz noch nicht erreicht. Auch haben wir Wagennachseher, die 25-30 Jahre im Dienste sind, mit 3.30 Mk. bis 3.40 Mk. Lohn. Wann soll da wohl der höchste Lohnsatz erreicht werden?

Wärde auf jeder Station, wo Wagenrevisionspersonal stationiert ist, das nötige Handwerkzeug, wie Feilbank mit Schraubstock etc., vorhanden sein, um die kleinen Mängel an Wagen schnell zu beseitigen, um so die Wagen auf schnellstem Wege wieder betriebsfähig zu halten, so müßte der permanente Wagenmangel sich zu einem Teile geben. Hoffen wir, daß die Herren Volksvertreter bei den bevorstehenden Staatsberatungen für die berechtigten Interessen des Wagenrevisionspersonals der sächsischen Staatsbahn eintreten, weil dadurch ein gut Teil Betriebsunsicherheit verbürgt ist.

**Einen beachtenswerten Fortschritt nennt Der Fleischbeschauer,** Organ des Bundes Deutscher Fleischer- und Fleischbeschauer, die Bekanntmachung des Leipziger Rates, die neben dem sächsischen Fleisch auch das gefälzene und gepökelte Fleisch der Kontrolle unterstellt. Das genannte Fachblatt bemerkt dazu:

Hiermit ist der Einfuhr ausländischen Pökelfleischs ein für allemal der Garauz gemacht, womit das solide Fleischhandwerk nur aufrieben sein kann. Auch das ausgebeinte Fleisch aus Mecklenburg, Holstein etc., desgleichen amerikanisches Pökelfleisch ist

vom hiesigen Marke verbannt. Wenn dies auch manchen Fleischer, zumal bei den jetzigen hohen Fleischpreisen, schwer treffen mag, auch die Firmen, die mit solchem Fleisch Handel trieben, geradezu außer Stande setzt, ihr Geschäft weiterbetreiben zu können, so ist es doch als ein Segen zu begrüßen, daß jenes fragwürdige Zeug jetzt draußen bleiben muß. Das Opfer, was damit für manchen verbunden ist, wird tausendfach dadurch ausgeglichen, daß nun auch die gewissenlosen Händler, die notgeschlachtet oder sonst fragwürdiges Fleisch unter dem Deckmantel der Pökelung unbeanstandet einführen konnten, ihr sauberes Handwerk gelernt ist.

**Die Zustände im Eisenbahnwesen besingt ein Arbeiter wie folgt:**

Es giebt kein schön's Leben,  
Als Touristenleben  
Auf der schönen deutschen Eisenbahn  
Wo Signale klingen  
Und die Ressel springen,  
Wo der Unfall nie ein leerer Bahn.  
Wo der Weichensteller  
Schwungeln sieben Heller  
Jährlich netto zieht als Reingewinn,  
Und dafür beschäglich  
Gar nichts thut als täglich  
Einmal 24 Stunden Dienst.  
Stellt er falsch die Weichen,  
Sind wir sämtlich Leichen,  
Doch wer niemals feht das Leben ein,  
Sagt schon unser Schiller  
Im Begeisterungsstriller,  
Dem wird niemals es gewonnen sein.  
Nun nur ins Vergnügen,  
Schlurft's in vollen Jügen,  
Doch zuvor macht Einer Testament;  
Denn ist der Zug im Gange,  
Dauert's gar nicht lange,  
Heißt's: Hurra, die Wagenachse brennt.  
Spitzt Du's heftig schwanken,  
Wie auf Schiffes Planken,  
Dann, ich weite, ist der Zug entgleist.  
Denn manch alter Wagen,  
Kann es nicht vertragen,  
Wenn man im Galopp ihn vorwärts reißt.

**Die Flottenschwärmer** wollen demnächst hier die Studentenschaft mobil machen. Für eine Versammlung ist zu diesem Zwecke ein höherer Marineoffizier als Referent gewonnen worden. Die zukünftigen Ordnungsträger werden es an Begeisterung nicht fehlen lassen.

**Professor Moldenhauer †.** Der Leipziger Universitätsprofessor und Spezialarzt für Ohren-, Nasen-, Rachen- und Kehlkopfkrankheiten Dr. med. Wilhelm Moldenhauer ist in der Nacht zum Donnerstag in Mexan (Südtirol) gestorben.

**Elektrische Bahn Halle-Leipzig.** Entgegen unserer gestrigen Notiz über dies Bahnprojekt wird mitgeteilt, daß die Erteilung der Konzession seitens der sächsischen Regierung in aller nächster Zeit bevorsteht.

**Die Schutgeldhebestelle Leipzig-Blagwitz** bleibt wegen vorzunehmender Reinigungsarbeiten nächsten Sonnabend geschlossen.

**Der Aufsichtsrat der Kredit- und Sparbank Leipzig** nahm in seiner gestrigen Sitzung den Abschluß über das Geschäftsjahr 1897 entgegen. Der Bruttogewinn beträgt inkl. 15240.80 Mk. Eingänge der früher abgeführten Posten 1216505.24 Mk. und nach Abrechnung der Zinsen, Gehälter und Kosten einen Reingewinn von 778720.40 Mk. Nach Abschreibung von 31995.20 Mk. Debitoren und Abhebung vertragsmäßiger und statutarischer Lantlösen und Gratifikationen an Beamte sollen 6 1/2 Proz. Dividende gegen 6 Proz. im Vorjahre zur Verteilung kommen. Auf neue Rechnung werden 85057.54 Mk. vorgetragen. An der auf 6 1/2 Proz. erhöhten Dividende nimmt zum erstenmal das gesamte Aktientkapital von 10 Millionen Mark teil.

**Gochwasser.** Die Elster ist aus ihren Ufern getreten und hat die Wiesen am Kuchrum unter Wasser gesetzt. Der Weg vom Kuchrum nach der Roschelesstraße ist nicht mehr passierbar. Das Wasser ist noch im Steigen begriffen.

**In dem Selbstmordversuch** eines Soldaten der 5. Compagnie des 134. Infanterie-Regiments, den wir schon wiederholt erwähnt haben, können wir noch nachträglich mitteilen, daß die gegen einen Unteroffizier und einen Gefreiten infolge des Selbstmordversuches eingeleitete Untersuchung mit einer Verurteilung der beiden zu längerer Festungshaft und Degradation endet hat.

**Selbstmord.** Durch Erhängen entsetzte sich in seiner Wohnung zu Thonberg ein 65-jähriger Arbeiter. Körperliche Leiden sollen den Allen in den Tod getrieben haben.

**Retognosziert.** In dem am Montag an der Lampestraße aus der Pleiße gezogenen Toten wurde ein 56-jähriger Handarbeiter erkannt, der aus Lebensüberdruß den Tod im Wasser gesucht haben soll.

**Durchgänger.** In der Sigismundstraße zu Mendnitz wurde am Mittwoch nachmittag durch den Pfiff einer Lokomotive das Pferd eines Wägenergeschirres schein und ging durch. Nachdem das Tier eine Strecke fortgerast war, prallte der Wagen an einen Gastandelaßer an, wobei dieser abtrab und der Wagen stark beschädigt wurde. Das Pferd konnte danach zum Stehen gebracht werden.

### Gemeinde-Zeitung.

**Aus den Ratssitzungen.** Der Rat hat beschlossen, die hinter dem Grundstück Schloßgasse Nr. 5 gelegene Parzelle des Fleischnburgareals, die einen Flächeninhalt von annähernd 170 Quadratmetern hat, an den Besitzer des bezeichneten Grundstücks, Herrn Kaufmann Schnapperelle, für den Preis von rund 51000 Mark zu verkaufen.

### Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 17. Februar.

**Gelegenheit macht Diebe.** Wiederholt ist der 53 Jahre alte Maler Ferdinand August Gustav Jöhl aus Berlin mit dem Strafrichter in Verührung gekommen. Sein Strafregister weist nicht weniger als zwanzig Vorstrafen wegen Gewerbekonvention, Sachbeschädigung, Sittlichkeitsverbrechen und Diebstahls auf. Für letzteres Verbrechen hat er auch das Zuchthaus auf längere Zeit beziehen müssen. Nach Verbüßung seiner letzten Strafe wurde er nach Berlin entlassen. Er verließ seinen Heimatsort aber bald und fand in Herzberg bei einem Malermeister Arbeit. Von der Polizei wurde der Meister über das Vorleben J.'s aufgeklärt und J. danach aus der Arbeit entlassen. Ihm blieb nichts anderes übrig, als auf die Wander-

schaft zu gehen. In einer Kohlengrube in Domsdorf bei Torgau fand er wieder als Grubenarbeiter Beschäftigung. Der Betrieb wurde eingeschränkt und J. mit vielen anderen Arbeitern entlassen. Nun wandte sich J. nach Leipzig und beschloß, auf seiner Reise einen Wucherhandel zu betreiben. Von einer Buchhandlung erwarb er die acht Seiten starken Erzählungen: Die Grafenbraut, Des Mörders Ende oder die gerechten Wege der Vorsehung, Der Untergang des Transportschiffes Alben, Der Erbschleicher oder der Fluch des Goldes, Das Grubenunglück in Oberschlesien oder die Not von 600 Familien, und verkaufte sie sechs Stück für einen Nickel. Viel Lesebedürfnis scheinen aber seine Kunden nicht gehabt zu haben, denn in zehn Tagen hat er nur für etwa fünf Mark Schriften verkauft. Auf seinen Geschäftswegen kam er auch nach dem Rittergute Thallwitz und setzte für zehn Pfennige seines Lesematerials ab. In der Treppenstube sah er eine Cigarrentasche liegen, die dem Buchhändler des Gutes gehörte und einen Wert von acht Mark repräsentierte. In der Voraussetzung, eine schwere Import darin zu finden, steckte er die Cigarrentasche ein. Er wurde aber verfolgt und festgenommen. Bei der Festnahme wurde auch ermittelt, daß er, ohne einen Gewerbebeschein oder ein Schriftenverzeichnis zu besitzen, die Schriften vertrieben hat. Wegen Diebstahls im Rückfall und Gewerbevergehen wurde Jöhl von der III. Strafkammer zu sechs Monaten Gefängnis und zehn Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Monat der Untersuchungshaft wurde auf die Strafe angerechnet.

### Vereine und Versammlungen.

**Im Fortbildungverein Leipzig-West** (Sitz Kleinzschocher) hielt Herr Dr. Frische am Sonnabend den 12. Februar einen lehrreichen Vortrag über: Das demokratische Princip in der Geschichte. Die Geschichte lehrt, wie sich der Bildungsgrad eines Volkes ändert, sobald die Verfassung eines Staates gewechselt wird. Besonders aus dem Altertum lassen sich verschiedene Beispiele anführen. Wie segensreich eine demokratische Verfassung wirkt, beweisen das alte Griechenland und das römische Reich. Ersteres konnte sich infolge seiner demokratischen Verfassung nach allen Seiten frei entwickeln. Der Handel, Künste und Wissenschaften blühten und schufen hier ein glückliches Volk, während das römische Königreich unter Tyrannenherrschaft seufzte. Erst später, als sich auch hier der Volkswille zu regen begann, war ein Aufschwung zum Besseren vorhanden. Das Volk gelangte allmählich zu Wohlstand und Bildung. Doch diese waren noch nicht genügend eingewurzelt. Man folgte dem ersten besten Diktator, der danach trachtete, Eroberungen zu machen und das Reich zu vergrößern. Durch den Wendepunkt zur Abenteuer- und Weltpolitik wurde das Volk von den inneren Angelegenheiten des Landes abgelenkt, und man sieht Bildung und Beschäftigung verschwinden, während sich die alte Tyrannei wieder breit macht. Da kam vom Osten her eine neue Bewegung. Christus war erschienen, um das Volk von seinen Fesseln zu befreien. Von diesem alten Christentum ist für uns leider nichts übrig geblieben, als die religiöse Umhüllung. Das Volk wurde damals von der neuen Lehre ergriffen. Sie verbreitete sich mit ungeheurer Schnelligkeit und führte zu einer Umwälzung. Der römische Kaiser Konstantin, ein blutrünstiger Wüstling, sah sich genötigt, dem Drängen des Volkes nachzugeben und das Christentum als Staatsreligion anzuerkennen. Was geschieht aber, wenn eine Regierung sich weigert den Forderungen des Volkes gerecht zu werden? Derartige Fälle sind aus der Geschichte mehrfach bekannt. Die Folge davon war gewöhnlich eine gewaltsame Umwälzung, die Revolution mit all ihren Schrecken, für die die herrschenden Klassen die Verantwortung tragen, da diese sie heraufbeschworen haben. Diese Bewegungen endeten, wie bei der französischen Revolution, gewöhnlich mit einem schrecklichen Blutbad. Viele Hunderte und selbst Fürsten mußten das Schaffot besteigen, um mit ihrem Blute den Verrat am Volke zu sühnen. In der neueren Geschichte ist eine andere Art der Sühne beliebt. Heute heißt es „gut ab“. Das konnte voriges Jahr König Oskar von Schweden erfahren, und in derselben Weise mußte König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, durch den Volkswillen gezwungen, den Märzgefallenen 1848 seine Ehrentitel erweisen. Gewöhnlich wurden, nachdem die Revolution niedergedrückt war, dem Volke verschiedene Zugeständnisse gemacht. Doch schon in aller nächster Zeit erhob die Reaktion um so dreister das Haupt, um die wenigen zugestandenen Rechte wieder zu vernichten. Das Volk mußte, durch die Verprechungen betört und zersprengt, diesem Treiben ohnmächtig zusehen. Es war noch nicht so weit vorgeschritten, daß es beratige Bewegungen richtig würdigen, und für sich einen Vorteil daraus schlagen konnte. Diefelben Beispiele haben wir auch in der Geschichte des deutschen Bauernkrieges. Auch hier ließ man sich, nachdem der Aufstand unterdrückt war, mit leeren Verprechungen abspeisen, die später nicht erfüllt wurden. Alle diese Beispiele zeigen, daß sich das Volk nur dann dauernde Vorteile verschaffen kann, wenn es so gebildet ist, daß es an der Regierung mit teilnehmen kann. Daß es Leute giebt, die befähigt sind, eine höhere und nützlichere Stellung zu erobern, hat jüngst unsere Regierung bewiesen, indem sie einen General zum Postminister ernannte. Wenn sich bei der Ernennung Bobbielisks auch verschiedene Zweifel ob seiner Fähigkeit regten, so ist in letzter Zeit doch allseitig anerkannt worden, daß sich derselbe mit Geschick in sein neues Amt gefunden hat. Wenn dies aber möglich ist, dann ist es nicht unmöglich, daß auch ein Mann aus dem Volke die Befähigung besitzt, eine höhere Stellung einzunehmen. Wir müssen deshalb danach trachten, dem Volke seine Lage erkenntlich zu machen und es nach allen Richtungen hin so zu bilden, daß es befähigt ist seine Lage zu verbessern und mannhaft einzutreten für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

### Versammlungskalender.

**Freitag: Nationalsozialistischer Verein.** Centralhalle. Abends halb 9 Uhr. T. D.: Nationale Aufgaben. Referent: Rechtsanwalt Martin.  
**Sonabend: Bauhilf. Einwohner-Versammlung.** Volkshaus zu Reuditz. Abends halb 9 Uhr. T. D.: 1. Allgemeine politische Lage. Referent: R. Müller aus Leipzig. 2. Einzelverhandlungen zur Stadt Leipzig. 3. Braunschweig betref. Referent: R. Müller.  
**Sonntag: Drei große Protest-Versammlungen.** Flora, Windmühlentrage, Pleißenfelder, A. Magwitz, und Albrechtgarten, König-Crottenburg, vormittags halb 11 Uhr. T. D.: Die sozialdemokratische Forderung für die Arbeitswilligen und die Verschlechterung des Konstitutionsrechts. Referenten: Die Reichstagsabgeordneten Moldenauer, Fr. Meyer und Dr. Schönlank.

### Von Nah und Fern.

Das Geständnis.

**Verbannt.** 17. Februar. Der seit langem des Mordes an der Trüdlarin Karthe verdächtige Baderer Rühl von hier hat endlich heute vormittag, fünf Wochen nach der That, ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Auch eine Frau Rühl und deren Onkel, der Haushälter Otto, sind unter dem Verdachte der Mitwisserschaft und Beihilfe verhaftet worden.

Schneesturm und Schifferlos.

**Schiffersors, 17. Febr.** Gestern nachmittag brach bei Schneesturm an der Ostküste im Finischen Meerbusen plötzlich das Eis und 240 Fischer sowie mehrere Pferde wurden auf Eis-schollen ins Meer hinausgetrieben. Wie heute aus Wiborg gemeldet wird, wurden vierzig der Fischer gerettet, das Schicksal der übrigen ist noch nicht bekannt.





Reichstag.

48. Sitzung. Donnerstag, 17. Februar, 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Poddleski. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzes, betr. Postdampfschiffverbindungen mit überseeischen Ländern.

Abg. Weß (freis. Vp.): Wenn wir auch mit Genugthuung das Steigen unseres Einflusses in Ostasien konstatieren, so hat Herr Frese doch nicht nachgewiesen, daß die Subvention etwas zu thun hat. Man sollte doch da die nationalen Schlagworte beiseite lassen. Früher hat selbst ein Mann wie Herr Bamberger die Bedeutung der Subvention für den überseeischen Exportverkehr als recht unbedeutend geschildert, da die meisten Exportgüter auf nicht subventionierten Linien befördert würden. Der Passagierverkehr auf dieser Strecke befördert zum weitaus größten Teile Ausländer und nicht Deutsche.

Ebenso kommt der Nutzen für den Frachtgutverkehr hauptsächlich dem Auslande zu gute. Der deutsche Handel giebt eben anderen Linien den Vorzug. Die Kommission wird zu prüfen haben, ob die Subvention unserem Handel und vor allem unserem Schiffbau wirklich Nutzen bringt. (Bravo links.)

Staatssekretär Graf Posadowski: Den berechtigten Ansprüchen des Handels kann ohne die subventionierten Linien nicht genügt werden. Auf einzelne Einwände will ich gleich eingehen. Daß der Nutzen der Subvention hauptsächlich den Ausländern zu gute kommen soll, ist durchaus nicht festzustellen, da die Deklarationen sehr ungenau sind. Den Nutzen einer Subvention erkennen wir am besten aus dem Verhalten anderer Staaten, z. B. Frankreichs — der Landwirtschaft kann die Subvention keine Konkurrenz machen, freilich die Bolleinfuhr ist jetzt nach Aufhebung des Zollgesetzes nicht mehr zu verhindern.

Jedenfalls steht fest, daß ohne Subvention der Verkehr — namentlich der Passagierverkehr — nicht mehr zu bewältigen ist. Uebrigens sind unsere Subventionen die geringsten unter denen aller Kulturstaaten. In der Zukunft kommt nun noch die Konkurrenz der russisch-sibirischen Eisenbahn hinzu, wenn wir auch nicht gerade zu befürchten brauchen, daß der Seeverkehr nach Ostasien durch sie tot gemacht werden wird, da die Transportkosten zur See bedeutend geringer sein werden als per Bahn. Was die Kündigung unserer australischen Linie anlangt, so empfiehlt sie sich zur Zeit nicht. Es läßt sich statistisch nachweisen, daß eine Verbindung mit Australien ohne Subvention finanziell ausichtslos ist. Ueber die ostasiatische Linie werden wir in der Kommission ja noch genügend detailliert reden. Hier nur noch das eine: wir wissen, daß Ostasien einer großen, merkanilischen Zukunft entgegengeht, und da ist es die Pflicht einer großen Nation, ohne kleinliche Bedenken auch etwas zu riskieren und nicht zurückzusehen, wo die anderen Staaten sich ihren Anteil sichern. Ich hoffe, daß Sie diese nationale Pflicht erkennen und der Vorlage zur Annahme verheissen werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Müller-Julda (Centrum) erklärt sich für die Begründung, wünscht aber, daß zur Prüfung einiger Details in der Kommission noch genügendes Material beigebracht werde. Der deutsche Handel habe z. B. den berechtigten Wunsch, daß die subventionierten Dampfer künftig in Rotterdam statt in Antwerpen einlaufen sollen, da die jetzige direkte Verbindung zwischen Antwerpen und Australien das Ausland zu sehr begünstige. Ebenso wären Verhaltensmaßregeln über die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte zu erwägen.

Abg. Graf zu Limburg-Stirum (konf.): Die Landwirtschaft kann durch die Subvention keinesfalls geschädigt werden, da es egal ist, ob die ausländischen Produkte, wenn man deren Einfuhr einmal zuläßt, auf subventionierten oder anderen Dampfern kommen. Andererseits trägt die Beförderung unter eigener Flagge wesentlich dazu bei, unsere Stellung in den überseeischen Handelsbeziehungen gegenüber anderen Nationen zu befestigen. Obwohl von Seiten der Industrie unsere Klagen über die Not der Landwirtschaft oft als übertrieben bezeichnet worden sind, wollen wir nicht kleinlich sein. Wir erwarten aber von der Industrie, daß sie uns die ihr heute von uns gewährte Unterstützung bei der Feststellung der neuen Handelsverträge vergilt. Die Aktion in China macht die Vorlage notwendig. Beiläufig möchte ich anregen, ob das Reich die Kohlenlager in China nicht für die Reichseinnahmen ausbeuten will.

Abg. Zehsen (nat.-lib.) begrüßt die Vorlage freudig. Franzosen und Engländer sagen heute schon, das arme Deutschland kann keine genügende Dampfersubvention ausbringen. Wir müssen mit den anderen Staaten mitgehen, die ihre Dampferlinien stets vermehrt haben. Der Lloyd verdient die Unterstützung, wenn er bereit ist, die Schiffe mit größeren Maschinen zu bauen. Die Reise nach Ostasien wird immer schneller zurückgelegt werden müssen, wenn die Konkurrenz mit der sibirischen Bahn aufgenommen werden soll. Die Schiffe sollen aus deutschem Material gebaut und mit Deutschen besetzt werden. Darin gehe ich den Sozialdemokraten recht, daß auf Schiffen, die hin und zurück verkehren, deutsche Arbeiter angestellt werden müssen. Ich habe den Wunsch, daß wir uns über die Vorlage in der Kommission sachlich und ruhig unterhalten und zu einem guten Ergebnis kommen. Ich beantrage eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Mollath (Soz.): Zwei Gesichtspunkte sind mir in der Debatte aufgefallen. Der Vordränger Herr Zehsen hat für die Vorlage nichts anderes angeführt, als daß wir aus Patriotismus ja sagen müssen. Herr Zehsen sagte, wir müßten uns nach dem Auslande richten. Aber Herr v. Stephan hat einmal gesagt: Wozu haben wir denn die Schlacht im Teutoburger Walde geschlagen, wenn wir uns immer nach dem Ausland richten sollen? (Heiterkeit.) Er hatte ganz recht, denn von diesem Gesichtspunkt aus müßten wir auch die Newyorker Linie und alle anderen Linien subventionieren.

Der zweite Gesichtspunkt, der mir aufgefallen ist, kam in der Rede des Abg. Grafen Limburg-Stirum vor. Er hat der Industrie seine Unterstützung an, sagte aber, wir rechnen aber darauf, daß auch die Industrie die Landwirtschaft unterstützen wird. Ja, wer zahlt denn die Subvention? Ist etwa der Hund der Landwirte bereit, aus seinem Säckel die Subvention für die Industrie zu zahlen. Da ließe sich über die Sache ja noch reden. Aber die Agrarier greifen nicht in die eigene Tasche, sondern in die Taschen der Steuerzahler überhaupt und ebenso greifen dann bei der Revanche die Industriellen in die Taschen der Steuerzahler. Weder die Landwirtschaft noch die Industrie bringt die Millionen auf, sondern die Gesamtheit der Steuerzahler. Vertreter von Landwirtschaft und Industrie machen hier Sachverhalte und vergessen ganz, daß sie als Vertreter des ganzen Volkes gewählt sind. (Sehr laut.)

Wenn ich hier als Gegner der Subvention auftrete, so geschieht das natürlich nicht, weil ich zufällig Vertreter von Hamburg bin und Hamburg von der Subvention nichts hat; auch nicht deswegen, weil ich Sozialdemokrat bin. Wir Sozialdemokraten haben ja stets alles unterstützt, was zur Förderung des Handels beiträgt; wir würden für die Subvention stimmen, wenn man uns beweisen könnte, daß durch die Subvention ein wirtschaftlicher Aufschwung erzielt wird; denn von einem solchen haben ja auch die Arbeiter etwas. Auch sonst wäre uns die Subvention sympathisch, wenn wir in ihr den Anfang der Verstaatlichung des Verkehrs erblicken könnten. Ich glaube aber, daß, wenn der Staat auf dieses Ziel hinarbeiten würde, gerade diejenigen, die sich jetzt für die Subvention ins Zeug legen, ihre schärfsten Gegner werden würden. (Sehr laut.)

In den Angaben, die zur Begründung der Vorlage dienen

sollen, wird auf den steigenden Verkehr mit Ostasien hingewiesen. Aber, inwiefern dieser den subventionierten Linien zu verdanken ist, geht aus ihnen in keiner Weise hervor. In den Angaben über die australische Linie heißt es, daß die Verluste, die die Linie früher gehabt, rapide in der Abnahme begriffen sind und daß bald der Zeitpunkt kommen wird, wo die Linien auch ohne Subvention existieren können. Nun, damit wäre ja jede Berechtigung für die Subvention geschwunden.

Es werden nun der gesteigerten Ansprüche wegen mehr Kosten aufgewendet werden müssen. Es ist übrigens nicht die Länge der Fahrt, sondern die Steigerung der Schnelligkeit, die den erhöhten Kostenaufwand bedingt. Nun werden ja in nächster Zeit für Ostasien auch außer der Subvention mannigfache Aufwendungen gemacht werden, zu denen uns unsere Operation in Kiautschau veranlaßt. Also kann das Bedürfnis nach einer Subvention als ein so großes nicht anerkannt werden.

Auf der anderen Seite bringt aber die Subvention mancherlei Nachteile mit sich. Da ist zunächst die eigentümliche Konkurrenz, die die subventionierten Dampfer in der Beförderung von Frachten den anderen machen können. Sie können den Preis, je nachdem ein Ueberfluß oder ein Mangel an Frachten vorhanden ist, beliebig heraufschrauben und herabdrücken, und zwar können sie dies, weil die Aufwendungen der Steuerzahler sie dazu befähigen. Durch diese Konkurrenz zwingen sie nun die anderen Dampfergesellschaften, ihre Kosten herabzudrücken, und das bewirkt nun wieder einen Rückschlag auf die Löhne der dabei beschäftigten Arbeiter; es wird die Beschäftigung von chinesischen Arbeitern dadurch großgezogen, eine Gefahr, die gerade bei dem Verkehr mit Ostasien besonders droht. Was Sie (nach rechts) vielleicht in erster Linie dabei bedenken sollten, ist der Umstand, daß durch dieses Hinsuziehen von chinesischen Arbeitern die Tüchtigkeit unserer Marine geschädigt werden könnte.

Dann noch ein zweites Moment: Es wird hier aus Reichsmitteln Geld bewilligt, um Handel und Verkehr zu fördern. Sowie der Handel sich aber thatsächlich entwickelt, wird nach Zöllen und Einfuhrverboten gefürchtet, um eben den Handel, den man auf Kosten der Steuerzahler gefördert hat, wieder zu hemmen. Man subventioniert die australische Linie; australische Dampfer bringen australisches Fleisch auf den deutschen Markt; gleich sucht man nach Maßregeln gegen die Fleischeinfuhr. Das sind eben die unheilbaren Widersprüche in unserer Politik. Würde man dem Handel nicht solche Hindernisse in den Weg legen, so würden die Dampfergesellschaften sehr bald auch ohne Subvention florieren. Man hat das bei den amerikanischen Dampfern gesehen.

Man hat ferner darauf hingewiesen, daß durch die Subvention der deutsche Schiffbau gefördert werde. Es trifft bei dem Lloyd schon zu, daß er erst durch die Subvention gezwungen worden ist, auf deutschen Werften bauen zu lassen. Es sind aber auch andere große Dampfer da gebaut worden, und ich denke, der deutsche Schiffbau hat seine Leistungsfähigkeit zur Genüge bewiesen, so daß er jetzt jene Unterstützung durch die Subvention nicht mehr braucht.

Ich habe mich gewundert, daß Herr Frese von der ostibirischen Bahn eine ernsthafte Konkurrenz für den Schiffverkehr erwartet. Das gerade Gegenteil ist richtig. Je mehr Bahnen in Ostasien gebaut werden, um so mehr wächst auch der Schiffverkehr mit China. Nach alledem sehe ich keinen zwingenden Grund, eine Subvention der Dampferlinien vorzunehmen. Sie kommt nur einzelnen Aktiengesellschaften zu gute, die Masse des Volkes hat nichts davon, sie muß die Subvention nur bezahlen. Da das Volk nicht an den Vorteilen der Subvention teil hat, so sollte es auch zum Schaden nicht herangezogen werden. Es handelt sich darum, daß das Reich eine vernünftige Handelspolitik treibt. Wenn es den Handel in seiner Entwicklung nicht stört, dann hat es mehr für ihn getan, als durch solche Subventionen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hanseatischer Bundesbevollmächtigter, Senator Dr. Müggemann: Der Abg. Mollath hat behauptet, daß in der Hamburger Handelskammer durchs kein Interesse an der Subvention vorhanden wäre. Er hat aber verheimlicht, daß die Hamburger Handelskammer für die vorjährige Vorlage vollständig eingetreten ist. Hamburg ist jetzt durch den Vertrag mit dem Bremer Lloyd gleichmäßig an dem Unternehmen beteiligt (Wah! bei den Sozialdemokraten) und gleichmäßig interessiert an der Vermehrung des Dampferverkehrs mit Ostasien.

Abg. Dr. Gahn (wildkonf.) polemisiert gegen den Abg. Mollath. Die Arbeiter haben auch Vorteil von der Subvention; wenn Handel und Industrie gefördert werden, und es der Landwirtschaft geht, geht es auch ihnen gut. Was die Furcht vor den chinesischen Arbeitern anlangt, so liegt diese Gefahr ohnehin vor; durch die Subvention wird sie wenigstens von Seiten des Lloyd beseitigt. Wir haben keine Antipathie gegen den Handel; wir wollen uns nur gegen die Einfuhr solcher wirtschaftlicher Produkte schützen, die auch wir sehr gut herstellen können; die Landwirtschaft denkt nicht daran, der Industrie und dem Handel Vorteile zu mißgönnen; diese dürfen sich nur nicht auf Kosten der Landwirtschaft bereichern. (Bravo! rechts.)

Hierauf verlegt sich das Haus; die Beratung wird Sonnabend fortgesetzt werden. Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr: Militäretat.

Schluß 5 1/2 Uhr.

In der Budgetkommission wurde am 17. Februar die Beratung des Militäretats fortgesetzt. Das Kapitel Garnison-Bauwesen wurde bewilligt, bis auf die neue Forderung von 29875 Mk. für 25 Garnisonbaudoten, die einstimmig abgelehnt wurde, ebenso die entsprechenden Ansätze für Württemberg und Sachsen. Bei dem Kapitel Militär-Medizinalwesen wird mitgeteilt, daß die Anstellung von 17 Garnisonsapothekern erforderlich werde, weil die dem jetzigen Stande der Wissenschaft entsprechende Versorgung der Garnisonlazarette mit Arzneien durch den stetigen Wechsel der einjährig-freiwilligen Militärärzte nicht mehr gesichert ist und außerdem die Einführung und Selbstfertigung der Arzneistoffen an Stelle der dispensierten Pulver und noch mehr die Herstellung der für die Verbandmittel erforderlichen antiseptischen Stoffe das Einarbeiten und Verbleiben eines Ober-Apothekers bei dem Garnisonlazarett am Sitze des Generalcommandos notwendig macht. Die Maßregel sei unumgänglich, um die Versorgung der Armee mit Arzneien und Verbandmitteln im Kriegszustand wie im Frieden sicher zu stellen. Zunächst sind nur 5 Garnisonsapotheker in Ansatz gebracht. Die weitere Einstellung bleibt für die folgenden Etatsjahre vorbehalten. Die Forderung wird bewilligt.

Abg. Dr. Lieber spricht dabei den Wunsch aus, den Militärärzten, nach Analogie anderer Staaten, einen höheren Rang zu verleihen und die Befoldung, entsprechend den hohen Anforderungen, die an die Apotheker gestellt werden, zu erhöhen. Regierungseits wird darauf hingewiesen, daß noch niemals Mangel an Bewerbern gewesen sei und daß die Herren darin auch ein Äquivalent sehen, daß sie bei Bewerbungen um Konzeptionen besonders berücksichtigt werden.

Zu den Ausgaben der Oberleitung der freiwilligen Krankenpflege bei der Armee im Felde werden neu gefordert 10000 Mk. Die Diskussion dieses Titels wird ausgesetzt, da der Kriegsminister v. Goltz verhindert ist, anwesend zu sein. Die Kapitel Verwaltung der Traineen, Verpflegung der Ersatz- und Reserve-Mannschaften und Krankenstationen auf dem Marsch, Ankauf der Remontepferde, Verwaltung der Remontedepots, Reisefelder, Tageselder, Vorposten und Transportposten passieren ohne wesentliche Debatte. Beim Kapitel Militär-Erziehung und Bildungswesen fragt Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.), ob auf den Kriegsschulen Duell oder Mensuren gestattet seien. Die Frage wird vom Regierungsvertreter verneint. Schließlich werden der Rest des Ordinariums und die Ein-

nahmen bewilligt. Morgen soll das Extraordinarium zur Beratung kommen.

Aus dem Landtage.

r. Dresden, 17. Februar. In einer dreieinhalbstündigen, äußerst langweiligen Sitzung — nur durch das Eingreifen der Sozialdemokraten kam Bewegung und Leben in die Diskussion — verhandelte heute die Zweite Kammer über verschiedene Kapitel des Etats 1898/99 — Kultus, öffentlichen Unterricht, Gymnasien etc. betreffend. Und zwar wurden folgende Kapitel einstimmig — die Sozialdemokraten stimmten natürlich gegen die sämtlichen Forderungen — bewilligt: Färberei- und Landeschule 178250 Mk. Einnahme, 272238 Mk. Ausgabe, Gymnasien und Realgymnasien Einnahme 424078 Mk., Ausgabe 1583487 Mk.; allgemeine Ausgabe für Gymnasien u. s. w. 495910 Mk., Seminarliste Einnahme 108060 Mk., Ausgabe 1740621 Mk., allgemeine Ausgabe für Zwecke der Seminare 139365 Mk., Ministerien etc. Einnahme 3800 Mk., Ausgabe 284020 Mk., ev.-luth. Landeskonfessionarium Einnahme 350 Mk., Ausgabe 100350 Mk., kathol. Geistliche und Behörden Einnahme 800 Mk., Ausgabe 34280 Mk., Universität Leipzig Einnahme 425535 Mk., Ausgabe 2265659 Mk., Technische Hochschule Einnahme 40650 Mk., Ausgabe 589010 Mk., evangelische Kirchen Ausgabe 29150 Mk.

Die Diskussion eröffnete der Abg. Goldstein mit einer allgemeinen Kennzeichnung der sozialdemokratischen Forderungen auf dem Gebiete der Schule. Er kritisierte vor allem die ungleichmäßige staatliche Fürsorge für höhere Lehranstalten und Volksschulen an der Hand eines reichen statistischen Materials. So werde z. B. der Staat für einen Schüler der Fortstadenle zu Tharand jährlich rund 1200 Mk. auf, während auf den Kopf eines Volksschülers ganze 5.70 Mk. entfallen. Die höheren Schüler bekamen so den Löwenanteil vom Staate. Diese staatlichen Beiträge hätten sich innerhalb zehn Jahren verdoppelt. Goldstein wies ferner in längerer Ausführungen auf frühere diesbezügliche Forderungen der Sozialdemokraten und darauf erfolgte Vorgänge in der Kammer hin. Man habe die Initiative der Sozialdemokraten nicht anerkannt und dem Volke schon seit 1888 nur Verprechungen im allgemeinen gemacht. Es werde nun bald Zeit, daß man sie erfülle. Thun Sie es erst, wenn Sie uns aus der Kammer vollends hinausgeworfen haben, dann werden Sie sich sinkend blamieren. (Oho! rechts und links) — Ordnungsruf des Präsidenten gegen Goldstein.)

Minister v. Seydewitz wies natürlich die Vorwürfe Goldsteins in der üblichen Weise zurück. Gerade jetzt, wo die Regierung soweit für die Schulen zu thun im Begriff sei, wären die Vorwürfe nicht am Platze. Das „Wohlfühlen“ der Regierung sei stets vorhanden, und Goldstein werde wenig Zustimmung draußen im Lande finden.

Der Berichterstatter Dr. Hagemann-Görlich wies den Vorwurf Goldsteins zurück, daß man die Sozialdemokraten nicht in die Deputationen zulasse. Sie könnten ja den Sitzungen beiwohnen; sie dürften das nur vorher melden. Im übrigen kam Herr Hagemann wieder mit den stehenden Nebenarten, daß es Pflicht der Eltern sei — für ihre Kinder Schulgeld zu bezahlen etc. Darauf antwortete Abg. Goldstein, daß man in den Deputationen nicht nur gebildet sein wolle, sondern das Recht verlange, dort mitzureden und thäten zu dürfen. Statistiken wollen wir nicht spielen. Mit diesen alten Schindern von „den Pflichten der Eltern“ solle man doch nicht mehr kommen. Wenn ein Vater das Schulgeld nicht bezahlen kann, dann muß er sogar das Schankstättenverbot über sich ergehen lassen. Die höhere Bildung soll mehr Gemeingut des ganzen Volkes werden und befähigte Schüler Gelegenheit haben, etwas zu lernen. Mancher Schüler hätte Professor werden können, während umgekehrt mancher Professor besser den Schusterstempel drückte. Dem niederen Volke wäre es auch sicher ganz angenehm, wenn es nicht in die untere Schule gehen müßte, um dort die Masse Reichtum zu verdauen.

Nach diesen Ausführungen hielt der Abg. Oph die lange staatswissenschaftliche Rede über die Bedeutung und Reform der Universität Leipzig und über das Studium der Frauen. Er hält letztere für „wenig geeignet“ dazu, was bei einem trockenen Juristen nicht verwunderlich ist. Der Vizepräsident Streit war während dieser Rede sanft entschimmert und sah in sich zusammengesunken in seinem Lehnstuhle.

Minister v. Seydewitz nahm Gelegenheit zu konstatieren, daß seit 8 Jahren 19 Damen zum Studium an der Universität Leipzig zugelassen worden sind und daß darunter aber nur eine Sachin gewesen sei. Die Regierung müsse sehr vorsichtig sein bei der Erteilung solcher Genehmigungen. Und zwar aus Verehrung und Hochachtung des weiblichen Geschlechts, um die Frau nicht von dem ihr von Gott vorgezeichneten Berufe, zu dem sich gerade die deutsche Frau so eigne, zu entfernen. Sehr treffend wies auf diese letzte Nebenart Abg. Frähdorf darauf hin, daß gerade in Sachen durch die Ausbeutung der Frauenarbeit in den Fabriken die Frau ihrem „göttlichen“ Berufe entgegenwerde.

Im übrigen war die Diskussion herzlich unbedeutend. Recht broßig war es, als der Abg. Leichold zum Wort kam. Er wußte nicht gleich, was er eigentlich sagen sollte, so daß er schließlich nach wenig Worten aufhörte zu reden. Und diese schäferige Stimmung greift immer mehr Platz. Sehr am Platze war es deshalb, daß der Abg. Hofmann, ehe in die Beratung des Kapitels Volksschulen eingetreten wurde, einen Vertagungsantrag stellte. Unter allgemeiner Heiterkeit erhob sich zur Unterstützung des Antrages außer den acht Sozialdemokraten nur das Präsidium; sonst hätte die Unterstützung nicht einmal ausgereicht. Man war offenbar sogar zu — bequem um aufzustehen. Bei der Abstimmung kam dieser Moment insofern zu statten, als durch das Sigenbleiben der großen Mehrheit der Antrag angenommen wurde.

Auch eine Reihe zur Sache gehöriger Petitionen wurden heute mit erledigt.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Es ist in letzter Zeit vielfach darüber geschrieben und diskutiert worden, daß organisierte Arbeiter zu festlichen Lokale benutzten, die im übrigen den Arbeitern zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen. Man glaubt doch, so gut wie jeder Parteigenosse gewisse Pflichten gegenüber seinem Parteigebilde und der Lokale hat, müßte er sich doch mindestens dieselben Pflichten auch gegenüber den organisierten, d. h. den auf dem Boden der allgemeinen Arbeiterschaft stehenden Kellnern und Musikern auferlegen. Weit gefehlt — Musikdirektoren, die ihre „Arbeiterfreundschaft“ dadurch bewiesen, daß sie sich dazu hergaben, über die Musikerorganisation, aus gewissen Gründen, bei der Behörde gewisse Mitteilungen zu machen, findet man zur Zeit vielfach auf Programmen für Arbeiterfestlichkeiten verzeichnet. Weiter! Musikunternehmer, d. h. solche, die die Musik als Nebenverdienst betreiben und in ihrem Hauptberufe nicht bloß unorganisiert sind, sondern auch in wirtschaftlichen Kämpfen die Arbeiter schädigen, werden leider noch von einzelnen Gewerkschaften zur Aufführung von Musik benützt. Wie weit das mit den Prinzipien der organisierten Arbeiterschaft in Einklang zu bringen ist, mag jeder Parteigenosse selbst beurteilen.

Wohlgemerkt organisierte Civil-Verenksammler. Anstaltsbureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall- und Krankenversicherungsweisen. „Stadt Hannover“, Seeburgstr. Jeden Abend von 7 1/2 — 9 Uhr unentgeltliche Anstalt für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

# Coburger Hof.

Teleph. I, 433. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I, 433.  
Allen geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfehle meine Lokalitäten zur gefälligen Benutzung.  
Auch empfehle meinen guten preiswerten Mittagstisch inkl. Bier 50 Pfg., Stamm zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise.  
Ferner empfehle meine feine Kaffee-Eisbahn. Franz. Billard.  
Sonnabends Schweinsknochen.  
50 Betten von 30 bis 150 Pfg.  
Es ladet dazu ein Hochachtungsvoll **Karl Langert.**

**Günthers Bier- und Speisehaus, Brühl 74.**  
Empfehle kräftigen Gemüse-Mittagstisch, à Portion 40 Pfg.

**Restaurant Bau-Bude, Gr. Fleischer-gasse 24.**  
Vereinen und Korporationen empfehle mein freundliches Gesellschaftszimmer (40-50 Personen fassend) zur gefälligen Benutzung.  
Hochachtungsvoll **F. Burkhardt.**

**Restaurant z. Thalschänke, Thal-strasse 25.**  
Sonnabend, Sonntag und Montag  
**Bockbier-Fest.**  
Hierzu ladet ergebenst ein **Oskar Wunderlich.**  
Jeden Montag Schlachtfest. [1521]

**Südsterne (Südplatz).**  
Heute sowie folgende Tage  
**Bockbier-Fest.**  
Von nachmittags 5 Uhr an humoristische Frei-Konzerte.  
[1548] **G. Hause.**

**Restaurant Kamerun, Plagwitz, Nonnenstr. Nr. 52**  
empfehle seine freundlichen Lokalitäten. Speisen und Getränke hochfein.  
Sonnabends Schweinsknochen, Sonntags Spektakel. Hochachtungsvoll **Herm. Richter.**

**Skat-Spieler!**  
Freunde des Skat-Spiels werden Freitags und Sonnabends in das Restaurant Kaufhalle, Plagwitz, Zimmerstrasse, eingeladen.  
[1505] Hochachtungsvoll **Eugen Schubert.**

**Restaur. Wilhelmshöhe, Plagwitz, Braustraße 1.**  
Sonnabend und Sonntag  
**Letzter Bockbier-Anstich.**  
Für musikalische Unterhaltung ist bestens gesorgt.  
Großartige Neberrauschung. Mühen gratis.  
[1520] Achtungsvoll **Max Lüssig.**

**Sonnenhof, L.-Plagwitz, Weißenseker Straße 15.**  
Heute und morgen  
**Grosser Bockbier-Ausschank**  
des unübertrefflichen Stoffes der Brauerei Jwanau.  
Unterhaltungsmusik der Kapelle Sterzelino.  
Hierzu ladet ergebenst ein Hochachtungsvoll **Karl Brecht.**

**Restaurant zum Gambrinus, Plagwitz.**  
Sonnabend den 19. Februar letzter großer Anstich des beliebten Bockbieres von Gebr. Ulrich. Selbstgebackene Pfannkuchen. Nettlich gratis.  
Hierzu ladet ergebenst ein [1545] **Ernst Rüssger.**

**Wettiner Hof**  
Leipzig-Lindenau, Merseburger Strasse No. 53.  
Sonntag den 20. Februar letztes großes Bockbierfest. Für musikalische Unterhaltung ist bestens gesorgt. ff. Bockwürstchen. Nettlich gratis. Um zahlreichen Besuch bittet **E. Kaseltz.**

**Restaurant Thüringer Hof**  
106 Blumenstraße 106.  
Sonnabend den 19. Februar und folgende Tage  
**Grosses Bockbier-Fest.**  
Große musikalische Unterhaltung. Komische Vorträge.  
Originelle Neberrauschung. [1513]  
Es ladet ergebenst ein **Gustav Böttge.**

**Restaurant Schüttels Hof**  
Gerichtsweg 14.  
Sonnabend den 19. u. Sonntag den 20. Februar [1528]  
**Grosses Bockbier-Fest**  
verbunden mit Frei-Konzert. Nettlich gratis.  
Hierzu ladet Freunde u. Bekannte ergebenst ein **Chr. Koch.**

**Letzter Anstich d. Bockbieres.**  
ff. Bockwürstchen.  
Sonntag selbstgebackene Pfannkuchen.  
Achtungsvoll **A. Schöder.**

**Auenschlösschen, Kleinzschocher.**  
Heute Großes Schlachtfest sowie letzter Anstich des ff. Raumannschen Bockbieres. Empfehle gute Küche. Ergebenst **F. Schladitz.**  
Sonntag den 20. Februar Großes gefellsh. Brämienauslegen auf dem Billard.

**Grosszschocher, Gasthof a. d. Mühle.**  
Sonnabend den 19. u. Sonntag den 20. Februar  
**Bockbierfest verbunden mit Frei-Konzert.**  
Sonntag Startbesuche [1541]  
**Balimusi.**  
Selbstgebackene Pfannkuchen.  
Hierzu ladet ergebenst ein **H. Voigt.**

**Restaurant Karl Kiessig, Grosszschocher.**  
Endstation der Elektrischen Strassenbahn.  
Sonnabend den 19. Februar **Bockbierfest,** verbunden mit **Frei-Konzert.** Es ladet ergebenst ein [1534] **D. O.**

**Frosch's Restaurant und Cafe**  
Grosszschocher, Mittelstraße 33.  
Sonnabend den 19. und Sonntag den 20. Februar  
**Grosses Bockbier-Fest**  
verbunden mit Humoristischem Abend.  
ff. Bockwürstchen. - Nettlich gratis. [1533]  
Ergebenst ladet ein **Bernh. Frosch.**

**Restaurant Gautzcher Spitze, Gautzsch.**  
Sonntag den 20. Februar 1898 **Grosses Preis-Skaten.** Einlage 1 Mt. Anfang 5 Uhr. Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.  
Hierzu ladet freundlichst ein [1510] **Otto Schmidt.**

**Birfenschlößchen, Wahren.**  
Morgen Sonnabend  
**Grosses Bockbier-Fest.**  
Von 6 Uhr an **Grosses Tiroler-Konzert.**  
Es ladet ergebenst ein **Karl Schmidt.**

**Robert Röser**  
grösstes Fleisch- und Wurstgeschäft  
in der Markthalle  
24, 25, 26 und 27  
empfehle [10746]

**Prima Rindfleisch Pfd. 50, 55 u. 60 Pf.**

ff. Westph. Schinken	Pfd. 0.85	ff. Cervelat u. Salamiw.	Pfd. 1.25
ff. Vorder-Schinken	" 0.80	ff. Mettwurst	" 0.90
ff. Lachs-Schinken	" 1.40	ff. Knackwurst	" 0.80
ff. Koll-Schinken	" 1.10	ff. Polnische Knackwurst	" 0.80
ff. Kaiser Rippenspeer	" 0.90	ff. Jungerwurst	" 0.80
ff. Rauchfleisch u. Speck	" 0.80	ff. Blut- u. Leberwurst	" 0.70
ff. Schweinefett	" 0.80	ff. Wurstfett	" 0.60

ff. Hausgeschlachte Wurst, bei 5 Pfund 0.65 Mark.  
Alles eigenes Fabrikat und Fleisch des im städtischen Schlacht- und Viehhof geschlachteten Viehes.

**Haupt-Niederlage**  
der  
**Wunstorfer Margarine-Werke**  
bester Ersatz für Naturbutter [8768]

Feinste Süßrahm-Margarine „Holstein“	Pfd. 70 Pfg.
Feinste Süßrahm-Margarine „Friesland“	Pfd. 68 Pfg.
Feinste Süßrahm-Margarine „Holland“	Pfd. 65 Pfg.
Feinste Tafel-Margarine „Schleswig“	Pfd. 60 Pfg.
Feinste Tafel-Margarine „Pommern“	Pfd. 55 Pfg.
Feinste Tafel-Margarine „Rheinland“	Pfd. 50 Pfg.
Feinste Tafel-Margarine „Weil“	Pfd. 45 Pfg.

Alle Sorten Käse. Täglich frische Eier.  
**Th. Kinder, Nürnberger Str. 33.**

**Van den Bergh's**  
**Holländische Margarine**  
**Excelsior**  
gesetzlich geschützt unter Nr. 3392.  
Fabriken in Cleve, Rotterdam, Brüssel, London  
grösste Etablissements der Branche.  
Bietet nach übereinstimmenden sachmännischen Urteilen  
Besten Ersatz für Naturbutter.  
Zu haben in allen Kolonialwaren- und Buttergeschäften. [10255]

**Zucker**  
gemahlen à Pfund 24 Pfg. [1499]  
Schmalz à Pfund 40 Pf., Mehl 00 à Pfund 14 Pf.  
sowie sämtliche Kolonialwaren offeriert billigst  
**F. Beerholdt, Markt 5.**

**E. Düben**  
Thonberg, Reitzenhainer Strasse 38  
empfehle [1491]  
Kinderwagen und Leiterwagen  
Reform-Kinderstühle, Triumphstühle  
sowie gut assortiertes Lager von Korbwaren aller Art.  
Große Auswahl. Billigste Preise.  
Liefert der Volks-Stg. an Kinderwagen 5% Rabatt extra.

**Ignaz Stenzer**  
Hut-Fabrik  
Thonberg, Reitzenhainer Str. 23.  
Großes Lager von Filz-, Seiden- u. Knaben-Hüten aller Art sowie große Auswahl in Filzschuhen, Herren- und Schüler-Mützen, Schilpe in größter Auswahl. Reparaturen prompt, billig und schnell. [9868]

**Max Hauer**  
Leipzig-Lindenau  
Leipziger Str. 6.  
Spezialgeschäft für Fabrikate aus der Fabrik von  
**A. L. Mohr, Altona-Bahrenfeld**  
empfehle [8383]  
**Allerfeinste Margarine**  
Marko   
Im Geschmack, Nährwert u. Aroma gleich guter Butter  
à Pfd. 70 Pfg.  
Marke II à Pfd. 60 Pfg.  
Marke III à Pfd. 50 Pfg.  
Garantiert reines  
**Schweineschmalz**  
à Pfd. 60 Pfg.  
**Mohren-Kakao**  
garantiert rein, für Kinder und schwächliche Personen zu empfehlen  
à Pfd. 1.60 Mk.  
**Mohren-Kaffee**  
bestehend aus einer Mischung von feinem Bohnen-Kaffee und bestem Kaffee-Ersatzmittel  
à Pfd. 60 Pfg.

Heute  
frische  
**Schellfische**  
fette  
**Gänse.**  
Lieferung frei ins Haus.  
Telephon I, Nr. 166.  
**Eduard Dörr**  
Kenschenfeld, Eisenbahnstr. 82.

Telephon I. 4218.  
**D. Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“**  
13/17 Katharinenstr. 13/17.  
25 eigene Fischbambser, eigener Fischereifloßen, eigene Eisenbahn-Fischwagen, täglich lebendfrisch aus See ein-treffend:

**Tagespreise:**

Schellfisch	groß	p. Pfd.	85 Pfg.
	großmittel	"	25 "
	mittel	"	18 "
	zu Braten	"	15 "
Schollen	große	"	85 "
	mittel	"	80 "
	zum Braten	"	25 "
Gablian	großer	"	85 "
	mittel	"	25 "
Seebucht	"	"	45 "
Seelachs	"	"	35 "
Pengfisch	"	"	28 "

**Edelfische:**

Steindutt	groß	p. Pfd.	100 Pfg.
	mittel	"	75 "
Seezungen	groß	"	150 "
	mittel	"	95 "
Rotzungen	bester Ertrag	"	40 "
Labbutt	"	"	60 "
Musternfisch (Catsfish)	"	"	50 "
Heilbutt	"	"	60 "

**Ans eigener Räucherei und Marinieranstalt:**  
Unter anderem:

ger. Schellfisch	p. Std.	10-15 Pf.
ger. Seelachs	"	50 Pf.
ger. Flundern	"	60 "
ger. Rochen	"	50 "
ger. Stör	"	900 "
Delikates	8 Liter, Dose,	17 Pfund Mt. 3.-
Bratfisch	4 Liter, Dose,	8 1/2 Pfund Mt. 1.75
	1 Stück 10 Pfg.	

13/17 Katharinenstr. 13/17  
Vertreter:  
**Arthur Merckens.**

**Kartoffeln! Kartoffeln!**  
Die so beliebten feinen Kartoffeln sind eingetroffen, billigst bei  
[1494] **W. Gräfenhan, Albertstraße 8**